

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangolohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Bettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 34.

Sonntag, den 23. August.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gefl. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Herr, dunkel ist der Rede Sinn.

Unter dieser Ueberschrift polemisiert die Süddeutsche Tabakzeitung gegen die Freisinnige Zeitung, die der sprechende Ausdruck für die Unzuverlässigkeit der freisinnigen Politiker ist, die in der Regierungsmehrheit des Reichstags sitzen und bezüglich der neuen Steuerpläne bereits einen Umfall der freisinnigen Fraktion vorbereiten. Man scheint in Unternehmerrreisen der Tabakindustrie diese Unzuverlässigkeit der Freisinnigen einzusehen, es ist daher interessant, zu lesen, was ihr Organ schreibt. In ihrer letzten Sonntagsnummer (Nr. 186 vom 9. August) brachte die Freisinnige Zeitung folgenden Artikel:

„Die Tabakbranche zeigt sich im höchsten Maße beunruhigt wegen der Pläne des Reichsschatzamtes in bezug auf eine Vandolette für Erzeugnisse der Zigarrenindustrie. Mehr noch als im Süden fürchtet man im Westen und Osten des Reichsgebietes einen Ruin der Branche bei einer Mehrbelastung des Tabaks durch eine Vandolette, wie sie in Aussicht stehen soll. Nun ist doch aber schon seitens des Abg. Dr. Wiemer so bestimmt und unabweisbar im Reichstag erklärt worden, die Freisinnigen würden für eine solche Mehrbelastung nicht zu haben sein, daß die projektierte Vandolette mit einer Weiterführung der Blockpolitik unübertraglich erscheint, um so mehr, als alles das, was Abg. Dr. Wiemer aussprach, sich an entsprechende, nicht minder unabweisende Erklärungen des nationalliberalen Abg. Baffermann über die gleiche Frage angeschlossen. Wenn die Tabakindustriellen sich trotzdem nach wie vor beunruhigt zeigen, so rührt das wohl daher, daß sie nicht den Steuerfragen gegenüber die tatsächlichen Verhältnisse so klar und fest zur Geltung bringen, wie es im Interesse der Allgemeinheit nötig wäre. Die angebliche Zurückhaltung des Freiherrn v. Rheinbaben gegenüber der Finanzreform in dieser Frage auszuspähen, erscheint uns unangebracht. Wenn die Finanzreform darauf hinauslaufen wollte, im Osten und Westen Preußens die Tabakbranche zu dezimieren, wenn nicht zu ruinieren, so würden doch dabei die Staatsfinanzen Preußens in gleichem, ja in gesteigertem Maße zu Schaden kommen, wie bei der ominösen Reichsfahrtartensteuer. Anstatt die Freisinnigen einer Begünstigung der Vandolette zu verdächtigen, sollten die Herren von der Zigarrenindustrie lieber endlich sich einmal selber rühren, um die Produktions- und Absatzverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen nach dem augenblicklichen Stande der Dinge klarzulegen und so eine Unterlage für eine einwandfreie Beurteilung der Verhältnisse zu bieten. Je später solche Klärung folgt, desto schwerer wird es, die mit Recht von der Tabakbranche gefürchteten Schädigungen abzuwenden.“

Offen gestanden, ist uns der Zweck und Sinn dieser Ausführungen ein wenig rätselhaft. Vor allem wissen wir nicht, wem von seiten des Tabakgewerbes die geforderte Klärung der Verhältnisse vorgetragen werden soll. Wenn die Herren Reichsboten nach Belehrung dürsteten, so wird ihnen jede gewünschte Information jederzeit gerne beschafft werden, sobald sie den Wunsch hierzu äußern. Dies dürfte den Herren von der Freisinnigen Zeitung hinlänglich bekannt sein, und deshalb muß man vermuten, daß die Aufforderung einen andern Zweck hat, indem man die Tabakleute veranlassen will, mit ihrem Beweismaterial an die breite Öffentlichkeit herauszutreten. Das wäre aber ein böser Rat, denn man weiß ja überhaupt nur vom Hörensagen, daß die Regierung eine Vorlage plant, welche auf die Vandolettierung der Tabakfabrikate ausgeht. Das Reichsschatzamt vermeidet geflissentlich, von den mit der Reichsfinanzreform verbundenen neuen Steuerprojekten auch nur ein Zipfeln des amtlichen Geheimnisschleiers zu lüften. Man hat also in den Kreisen derjenigen Erwerbszweige, die durch die Steuergesetze getroffen werden, keine Ahnung von dem Inhalt der Regierungspläne; wie ist es denn möglich, in diesem Stadium der völligen Unkenntnis sich zu wehren? Es will uns scheinen, als ob der von der Freisinnigen Zeitung erteilte Rat sehr unglücklich gewählt sei. Sollen wir jetzt etwa einen scheinbar beabsichtigten Fußtritt parieren, damit ein später ausgeführter Rippenstoß desto sicherer sitzt? Das wäre eine unverzeihliche Uebereilung, und deshalb muß das Tabakgewerbe vorläufig sich darauf beschränken, auf Posten zu stehen.

Im übrigen ist uns bekannt, daß von seiten der Zigarrenindustrie die Freisinnigen einer Begünstigung der Vandolette verdächtigt werden. In Anbetracht der freundlichen Kämpfe, die das deutsche Tabakgewerbe in den früheren Reichstags angetroffen hat, liegt uns auch fern, hier an das Sprichwort zu denken: „Qui s'excuse, s'accuse.“ \*

Nein, wir rechnen mit Bestimmtheit damit, daß die Freisinnigen die Vandolette ablehnen werden; allerdings hätten wir sehr gerne gesehen, wenn man in der Freisinnigen Zeitung diesmal nicht so eifrig sich bestrebt hätte, in der Beschränkung den Minister zu zeigen, indem man lediglich die Vandolette verdonnerte.

Da ist eine Beobachtung, die einem aufmerksamen Tabakmenschen etwas ungemütlich ist: Vor einigen Wochen richtete die rechte Blockseite (Kölnische Zeitung, Abendausgabe vom 4. Juli) den „wohlgemeinten Rat an das Tabakgewerbe, einer neuen Steuerregelung durch geeignete Vorschläge die Wege zu ebnet“, und jetzt fordert das linksseitige Organ der Blockparteien dazu auf, die Produktions- und Absatzverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen nach dem augenblicklichen Stande der Dinge klarzulegen. Wir glauben nicht an einen organischen Zusammenhang dieser beiden Aeußerungen der politischen Presse. Wohl aber scheint uns, als ob auf vielen Seiten noch fürchterliche Geburtswehen durch das Ausbrüten der Steuerprojekte verursacht würden, trotzdem alle Welt glaubt, daß diese Projekte schon fix und fertig der Absendung an den Bundesrat harren. Bei diesen Geburtswehen soll nun wohl die berufene Vertretung des deutschen Tabakgewerbes Accoucheurdienste (Geburtshelferdienste) leisten? Na, das ist zuviel verlangt.

Die Geheimhaltung der Steuerpläne scheint bis zur Wiedereröffnung des Reichstags dauern zu sollen. Scharf wendet sich gegen diese Geheimnisthämerei, die der Furcht vor der Opposition des arbeitenden Volkes entstammt, das Berliner Tageblatt. Das Blatt verlangt, die Regierung solle „einen bestimmten Plan über eine Reduzierung der Reichsausgaben aufstellen, damit die Nation endlich den peinlichen Eindruck verliert, daß die Erträgnisse der neuen Steuern nur in ein hohles Faß geschüttet werden“. Diese Forderung bedeutet, wenn sie ernst genommen werden soll, nicht mehr und nicht weniger als eine Verminderung der Ausgaben für Heer und Marine. Nun wird aber statt dessen die Regierung mit neuen Forderungen für Heer und Marine vor den Reichstag treten. Da wird es dann interessant sein, zu sehen, daß auch das Berliner Tageblatt für diese „erhöhte Wehrfähigkeit des Reiches“ eintreten wird. Das „hohle Faß“ bleibt also offen, die neuesten Steuern füllen es nicht und sehr schnell wird der Militarismus wieder alle die hineingeschütteten Hundert von Millionen verschluckt haben. An den Ausgaben für Kulturaufgaben kann jedoch nichts gespart werden, weil sie schon lumpig gering sind, demnach bleibt die Forderung nach einer Reduzierung der Reichsausgaben eine hohle Phrase, solange nicht die bürgerlichen Parteien eine Reduzierung des Militarismus fordern und durchsetzen.

Welche der bürgerlichen Parteien aber wagt das? — Der Frankfurter Zeitung wird gemeldet, daß unter allen Umständen über vierhundert Millionen gefordert werden, nachdem darüber Einmütigkeit erzielt worden ist, daß der vorausichtige Bedarf des Reichs auf lange Zeit hinaus sicher gestellt und im Zusammenhang mit ihm die obligatorische Schuldentilgung festgelegt werden soll. Die Steuervorlagen sollen schon (!) mehrere Wochen vor der Wiederaufnahme der Arbeiten des Reichstags verfertigt werden. Zurzeit sind sie noch Stückwerke. Definitive Beschlüsse der verbündeten Regierungen darüber liegen nicht vor, wenn man sich auch über die Steuerobjekte und die Art der Besteuerung geeinigt habe.

## Rundschau.

**Vom Vereinsgesetz.** Der preussische Minister des Innern hat unter Hinweis auf die Einleitung zu seinem Erlasse vom 13. Mai d. Z. die Annahme als unzutreffend bezeichnet, daß das Recht und die Pflicht der Polizeibehörden, im sicherheitspolizeilichen Interesse gegen die Benutzung ungeeigneter Räume zu Versammlungszwecken vorzugehen, durch die Gesetze über Vereine und Versammlungen nicht eingeschränkt seien. In § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 sei bestimmt, daß die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landrechts nur soweit Anwendung finden, als es sich um Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt. — Der Minister wird noch manche Verfügung erlassen müssen, ehe sich seine Untergebenen entschließen, ein Vereinsgesetz zu respektieren, das ihrer alten Verwaltungspraxis nicht entspricht.

**Polizei und Vereinsrecht.** Zu Beginn der Tagung der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Hamm-Sooet in Ramen bei Dortmund fanden sich zwei Vertreter der bewaffneten Macht ein. Die eifrigen Jünger der heiligen Hermandad erklärten, daß sie von ihrer Behörde den Auftrag hätten, die Versammlung zu überwachen. Auf die Aufforderung des Versammlungsleiters, den Saal zu verlassen, weil es sich lediglich um die Tagung einer Mitgliederversammlung handle, reagierten die Polizeileute nicht. Der Vorsitzende brach darauf die Versammlung ab und richtete an die Delegierten die Frage, wie sie sich zu der Anwesenheit der Polizei stellten. Als von allen Seiten die Aufforderung erging, von dem Hausrecht im weitgehendsten Maße Gebrauch zu machen, erklärten die Beamten, unter diesen Umständen das Feld räumen zu wollen!

In Breslau fand am 12. Juni eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, um zu den Abgeordnetenwahlen zum Landtag Stellung zu nehmen. Die gewählten Wahlmänner waren besonders eingeladen worden und fernerhin nahmen etwa 100 Frauen an der Versammlung teil. Selbstverständlich waren sowohl alle Wahlmänner wie auch alle erschienenen Frauen Mitglieder des Vereins. Zur Ueberwachung waren zwei Polizeikommissare erschienen, die vom Vorsitzenden — Parteisekretär Neufkirch — aus dem Lokale gewiesen wurden, weil die Polizei in einer Mitgliederversammlung nichts zu suchen habe. Anstatt aber zu gehen, lösten sie die Versammlung auf und wiesen die zur Anwesenheit berechtigten aus dem Saale. Genosse Neufkirch hat gegen das Verhalten der Beamten Beschwerde geführt. Parteipräsident Dr. Wienko hielt dieses Verhalten aber nicht nur für berechtigt, sondern veranlaßte auch noch ein Strafverfahren gegen Neufkirch wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, indem er sich auf den Standpunkt stellte, jene Mitgliederversammlung sei eine „öffentliche politische“ gewesen und hätte angemeldet werden müssen. Die Folge war ein amtsrichterlicher Strafbefehl über 60 Mk., gegen den Neufkirch Einspruch erhob.

Vor dem Schöffengericht beantragte nun der Amtsanwalt selbst die Freisprechung. Durch die Beweisaufnahme war festgestellt worden, daß nur Mitglieder Zutritt hatten. Ein moralischer Badenstreich für den Herrn Polizeipräsidenten lag in dem Wort „öffentliche“ Amtsanwalts, insbesondere aber auch insofern, als dieser ausführte, es sei ohne weiteres glaubhaft, daß an einer Vereinsversammlung, in der Beschlüsse über das Verhalten von Wahlmännern bei der Wahl gefaßt werden sollen, Nichtmitglieder keinen Zutritt gehabt hätten.

Das Gericht erkannte antragsgemäß auf Freisprechung. Welchen Verlauf nun auch das Verwaltungsstreitverfahren nehmen wird, das gegen den Polizeipräsidenten wegen Entsendung von Beamten zur Ueberwachung und wegen der Auflösung der Versammlung schwebt, wird dieser nun schon von selbst voraussehen können.

In einer Gewerkschaftsversammlung in Schmiedeberg erschienen zwei Beamte zur Ueberwachung und entfernten sich auch nicht, als sie auf das Vereinsgesetz ganz energisch aufmerksam gemacht wurden, nach dem gewerkschaftliche Versammlungen der Anmeldepflicht nicht unterliegen; sie beriefen sich darauf, von der Amtshauptmannschaft beordert worden zu sein. Es wurde von der Versammlung beschlossen, Beschwerde einzureichen.

**Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf** dürfte dem Reichstage, wie eine parlamentarische Korrespondenz berichtet, in diesem Jahre nicht mehr zugehen. Der Entwurf, der dem Bundesrat vorliegt, wird im Herbst umgearbeitet werden. Da dem Reichstage im November die Finanzgesetze vorgelegt werden und aus der Sommertagung noch Beratungsmaterial vorliegt, so dürfte der Arbeitskammerentwurf, selbst wenn er noch vor Weihnachten zur Vorlegung gelangte, vom Reichstage erst viel später beraten werden können. Es herrscht auch sonst die Stimmung vor, den Reichstag im Winter nicht zu sehr mit Arbeitsstoff zu belasten. Auch die Strafprozessreform und die Arbeiterversicherungsreform gelten als Materien, die vom Reichstage erst nach Erledigung der finanz- und etatsrechtlichen Arbeiten in Angriff genommen werden können und dem Reichstage deshalb auch erst später zugehen sollen. — Natürlich! Die Beschaffung einiger hundert Millionen für den Moloch Militarismus geht vor. Kulturaufgaben können warten!

**Weibliche Fabrikinspektoren.** Eine Assistentin der Fabrikinspektion für den Bezirk Breslau ist vor kurzem angestellt worden. Somit amtieren nun in ganz Preußen fünf Beamtinnen der Gewerbeaufsicht, davon drei in Berlin und eine in M.-Glabach. Im Lande unterstehen

\* Wer sich entschuldigt, klagt sich an.

563 100 erwachsene und 75 540 jugendliche Arbeiterinnen der Fabrikinspektion. Stellt man dieser Zahl Schutzbedürftiger die fünf Gewerbeaufsichtsbeamtinnen gegenüber, so hat man ein bederbes Bild des „Automobiltempos“, in welchem nach dem Gejammer und Gekrieche des Unternehmertums die Sozialpolitik in Preußen vorwärts rast. Bremsen, bremsen! Die Anstellung einer Assistentin der Gewerbeaufsicht für den Bezirk Frankfurt a. M. hat der Regierungspräsident von Wiesbaden beantragt. Der Antrag entspricht einem bereits lange fühlbaren Bedürfnis, denn in dem Fabrikinspektionsbezirk Frankfurt a. M. sind sehr viele Arbeiterinnen tätig, die meisten davon in der Konfektionsindustrie. Damit ist aber noch keineswegs gesagt, daß die Regierung dem Antrage auch stattgeben wird, denn Bedürfnisse der arbeitenden Massen und Regierungsmaßnahmen stehen auf zwei verschiedenen Blättern.

**Die Zigarrenbänderolesteuer** wird sich bestimmt unter den Steuervorlagen befinden, die dem Reichstage zugehen werden. Auffälligerweise rührt sich ein Teil der Zigarrenfabrikanten gegen die drohende Steuer nicht. Die Breslauer Zeitung erklärt die Zurückhaltung der Tabakbranche gegenüber der Bänderolesteuer daraus, daß die Zigarettenfabrikanten 1906 mit ihrer Offenherzigkeit recht schlechte Erfahrungen gemacht hätten, weil das von ihnen gelieferte Material ausschließlich gegen sie ausgebeutet worden sei. Die freisinnige Zeitung dagegen will wissen, daß ein Teil der Fabrikanten glaubt, Sondernorteile bei der Einführung der Zigarrenbänderole herauszuschlagen zu können. Große Fabrikanten hoffen, bei einer Bänderole für die Erzeugnisse der Zigarrenindustrie würden die meisten kleinen und mittleren Zigarettenfabriken des Nordens und Ostens zugrunde gerichtet und ihnen damit unliebsame Konkurrenten vom Hals geschafft werden. Mancher große Fabrikant mag vielleicht im stillen auch mit dem Gedanken spielen, daß bei Einführung des Tabakmonopols für ihn eine besonders hohe Entschädigung abfallen würde. Neben den kleinen Unternehmern würden natürlich die Zigarrenarbeiter besonderen Schaden erleiden. Sie werden es an nachdrücklichen Protesten nicht fehlen lassen.

**Gegen eine Elektrizitätssteuer** wendet sich auch der Rheinisch-westfälische Provinzialverband in einer Eingabe, in der er ausführt, daß es, solange man noch nicht gelernt hatte, die elektrische Kraft mit großen Nusschnecken in kleinen Motoren arbeiten zu lassen, dem Kleinbetrieb schwer möglich war, sich des maschinellen Werkzeuges zu bedienen, weil die Beschaffung von Dampfmaschinen ein großes Anlagekapital erforderte. „Heute können wir die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß selbst kleine Handwerksbetriebe bis zu vier Gesellen sich in steigendem Maße des maschinellen Werkzeuges bedienen, was jedem Freunde des Handwerks gegeten hat. Und das haben wir ausschließlich der Elektrizität zu danken. Wenn wir nun daran denken müssen, daß die Elektrizität besteuert werden soll, so ist es sicher, daß gerade das Handwerk die Zehne zu bezahlen haben wird. Denn die großen Betriebe verwenden auch heute noch größtenteils Dampfmaschinen, weil diese ihnen die mechanische Kraft billiger liefern als die Elektrizitätswerke.“

Es ist das alte Lied: Alle werktätigen Kreise des Volkes werden ausgepreßt und müssen die Lasten des Staates tragen, während die Besitzenden, ausbeuterischen Nichtstuer die Hand auf ihrer Tasche halten. Der Staat ist nur für sie da — er muß ihre Schmarogerzisten schützen, indem er das werktätige Volk niederhält, damit es um so leichter ausgebeutet werden kann.

**Als gesetzwidriger Arbeitsvertrag** zum Zwecke des Lohndrucks abgeschlossen, muß der „Lehrvertrag“ bezeichnet werden, den die Zigarettenfabrik Bock u. Co. in Karlsruhe den arbeitswilligen Lehrlingmädchen aufkrogiert. Die Karlsruher Arbeiter der Firma sind wegen der Lohnrückerei in Streik getreten; die Firma streut nun das Gerücht aus, in ihrem Betriebe sei kein Streik, nur seien einige Arbeiter Ordnungswidrigkeiten halber gekündigt, worauf das Arbeitsverhältnis gelöst wurde. Aus den von uns mehrfach mitgeteilten Tatsachen geht aber schon hervor, daß Lohnkürzungen vorliegen; außerdem hing am 10. Juli 1908 die Firma im Karlsruher Arbeitsraum eine Bekanntmachung aus, die besagte, daß vom 25. Juli ab 20 bis 30 Pfg. pro Woche weniger bezahlt würde, wenn das nicht gefalle, könne sich als gekündigt betrachten und gehen. Die Verbandsfunktionäre wurden vorstellig am 24. Juli zwecks Beilegung der Differenzen und erhielten die schnodderige Antwort, eine Milderung im Entschlusse der Firma gebe es nur nach der Seite, „daß die Löhne noch weiter gekürzt werden“, und es wurde hinzugefügt, man wolle sich einen Arbeiterstamm bilden, dem man niedrige Löhne zahlen werde. In welcher Weise die „Bildung“ vor sich gehen soll, zeigen die obigen Bestimmungen des „Lehrvertrags“, der noch folgenden direkt ungesetzlichen § 6 enthält:

Die Firma Bock u. Co., G. m. b. H., behält sich aber das Recht vor, innerhalb der gesetzlichen Kündigungszeit dieses Vertragsverhältnis aufzulösen, und verpflichtet sich in diesem Falle zur Rückzahlung des vollen Lehrgeldes.

Nach § 122 der Gewerbeordnung müssen die Kündigungsfristen für beide Teile gleich sein; die Firma aber macht sich an der Arbeiterin das Kündigungsrecht zu entziehen, für sich selbst dagegen nimmt sie das Recht vierzehntägiger Kündigungsfrist in Anspruch. Die Streikenden werden sich gegen diese Rechtsdurchbrechung zur Wehr setzen und den Gewerbeinspektor zum Einschreiten anrufen. Im übrigen möge die allgemeine Arbeiterchaft daran erinnern, daß auch sie ein wichtiges Wort mitzusprechen hat. Die Zigarettenfabrik Bock u. Co. sei ihrer Beachtung empfohlen!

**Ein Lobredner der Kinderarbeit** läßt sich in der Deutschen Tageszeitung, wie folgt vernehmen: „Wir sind entchiedene Gegner der Ausnutzung der Kinder, wie diese in den Großstädten und Industriezentren oft stattfindet. Ein Kinderschutz mußte daher gesetzlich eingeführt werden. Für das Land und die Kleinstadt bestehen aber solche traurige Verhältnisse nicht. Es entspricht nicht den Tatsachen wenn man großstädtische Verhältnisse in dieser Beziehung ohne weiteres auch auf dem Lande voraussetzt. Wohl werden mit Jug und Recht die Kinder zu gewissen Arbeiten, für die Kinderkräfte ausreichen, in land-

wirtschaftlichen Betrieben verwendet, doch findet dies nicht jahraus, jahrein wie in der Industrie, sondern zu gewissen Zeiten statt. Es wird dadurch ein lebensvoller Wechsel zwischen geistiger und körperlicher Arbeit herbeigeführt. Schon der Wechsel in der Arbeit, wie ihn die Jahreszeiten bedingen, gestaltet die Sache für die Kinder interessant. Vollständig ausgeschlossen sind für Land- und Kleinstadtkinder solche Verhältnisse, wo sie schon morgens früh vor 5 Uhr aus ihren Betten gejagt und so um ihren Schlaf betrogen werden. Wir sehen, auch noch in dieser Weise besteht auf dem Lande die segensreiche Verbindung zwischen Arbeit und Schule. In pädagogischer Beziehung stehen sich also Land- und Großstadt schroff entgegen, ein Vergleich zwischen beiden muß z u g u n d e s L a n d e s ausschlagen. Alle jene Nebenziele, um die der großstädtische Teil der pädagogisch Interessierten jetzt noch ringt, wie allgemeine Volksschule, gemeinsame Erziehung der Geschlechter u. a., die in der verflochtenen Epoche als rückständige Einrichtungen galten und jetzt erst nach ihrem wahren Werte erkannt werden, sind auf dem Lande schon durch die Natur der Verhältnisse geboten. Mit einem gewissen Rechte kann man daher sagen, daß das Land nach den von den großstädtischen Lehrern angestrebten Zielen schon jetzt die moderne Schule besitzt.“

Diese Worte soll angeblich ein Landlehrer geschrieben haben; wenn das wahr ist, dann soll er zur Strafe seine schulfreie Zeit mit Kartoffelaushaben, Mübenziehen und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten verbringen, die für die Landarbeiterjugend seiner Meinung nach den „lebensvollen Wechsel zwischen geistiger und körperlicher Arbeit herbeiführt“. Selbstverständlich müßte dieser famose „Pädagoge“ sein Gehalt weiterbezahlen, denn von dem Hungerlohn könnte er nicht existieren, den die Agrarier für die schwere Arbeit auf den Kartoffel- und Mübenfeldern bezahlen.

**Würgengel Tuberkulose.** Das letzte Heft der Zeitschrift des preussischen statistischen Amtes bringt die regelmäßige Uebersicht über die Sterbefälle in Preußen, diesmal für das zweite Vierteljahr 1907. Trotzdem dieses Quartal von April bis Juli den Tuberkulosekranken nicht besonders gefährlich ist, zeigt die Statistik doch die furchtbare Macht der Proletarierkrankheit auch in diesem Zeitraum.

Im ganzen starben in Preußen im zweiten Quartal 1907 167 902 Personen, an übertragbaren Krankheiten 44 932 und an Tuberkulose allein 18 110; das sind 10,08 Prozent aller Sterbefälle. Da die Schwindsucht besonders unter den Industriearbeitern wütet, in den Städten auch noch außerdem verschiedene Umstände fördernd einwirken, ist die Tuberkulose-Sterblichkeit dort natürlich noch bedeutend größer als auf dem Lande. In den Städten starben 9240 Schwindsüchtige (12,37 Proz.), auf dem Lande 8770 (9,49 Proz. aller Sterbefälle). Indessen zeigt dieses Verhältnis die Einwirkung der Tuberkulose auf die Industriearbeiter noch nicht richtig, da namentlich auch eine große Zahl von Hausarbeitern auf dem Lande ihr zum Opfer fällt. Besonders stark ist die Tuberkulose-Sterblichkeit in folgenden Regierungsbezirken:

Regierungsbezirk	14,03 Proz. der Sterbefälle
Breslau, Stadtgemeinden	15,62
Murich, Landgemeinden	15,26
Winden	15,63
Osnabrück	17,17
Landgemeinden	18,23

Auch Berlin hat eine hohe Zahl von Tuberkuloseopfern: 13,98 Proz. der Sterbefälle. Am geringsten ist diese Prozentziffer mit 4,93 Proz. in den Landgemeinden von Königsberg.

**Wertvolles Geständnis eines „christlichen Arbeitersekretärs.“** Die Frage, weshalb es keine „christlichen“ Unternehmervorstände gibt, hat in der überrassendsten Weise der „christliche“ Arbeitersekretär Junke (München) in einer christlichen Bergarbeiterversammlung in Venzberg (Oberbayern) gelöst. Er meinte: „Die Unternehmer sind nicht so dumm wie die Arbeiter.“ Da diese sehr stark beachtete Versammlung hauptsächlich aus Anhängern des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes bestand, so kann man sich denken, daß die Mitteilung Junkes mit stürmischer Heiterkeit und Gändeklatzchen aufgenommen wurde, das sich wiederholte, als Junke von neuem die Behauptung in den Saal schrie.

Also die Unternehmer sind nicht so dumm, „christliche“ Verbände zu gründen, sie vereinigen sich mit Juden und Nichtchristen, auch mit Gottesleugnern in einer Organisation und vertreten ihre gemeinsamen Interessen so am vorteilhaftesten. Aber die „christlichen“ Arbeitersekretäre, die dieses genau wissen, halten die Arbeiter für so dumm, daß sich ein Teil von ihnen in christliche Verbände absondern läßt, wo sie doch mit allen Arbeitern gemeinsame wirtschaftliche Interessen haben, die durch diese Zerplitterungstaktik geschädigt werden. Und obendrein werden die so von ihren Führern genasführten und geschädigten christlichen Arbeiter noch von denselben Führern verhöhnt, daß sie so dumm sind.

Es geschieht ihnen schon recht, warum sind sie auch so dumm! —

**Der Tabakkonsum in Dänemark.** Der Zigarettenkonsum in Dänemark hat sich in den letzten zehn Jahren ganz bedeutend gehoben und zwar von jährlich 10 Mill. Stück. Die billigeren Sorten werden hauptsächlich aus Rußland geliefert, die besseren meist aus Ägypten. Daneben haben auch einige englische, aus amerikanischen Tabaken gefertigte Zigaretten in Dänemark einen Markt gefunden. Unter den Zigarren sind die aus brasilianischem und Java-Tabak hergestellten die marktgängigsten. Zigarren aus amerikanischem Tabak werden nicht im Lande hergestellt, weil sie für zu stark gelten. Die Tabakkultur Dänemarks entwickelt wenig Leistungsfähigkeit; die Produktion beläuft sich jährlich auf ungefähr 50 000 Kilogr., die ausschließlich als Pfeifentabak Verwendung finden.

## Berichte.

**Altona.** Den Kollegen und Kolleginnen zur Beachtung, daß sich der Geschäftsgang in Hamburg wohl gegen Anfang dieses Jahres etwas gehoben hat, aber trotzdem noch derart ungünstig ist, daß Zigarrenarbeiter schwer zu placieren sind. Dies gilt besonders für Formarbeiter, von denen es wieder arbeitslose Kollegen im Städtekomplex gibt.

Gleichzeitig mögen die Adressen unserer Nachweissbüreau folgen:

Hamburg: Fernh. Bising, Paradieshof 10, II. r.  
Eimsbüttel: Ed. Nahr, Lindenallee 37, II.

**Barmbed:** W. Compert, Heinrich-Herz-Straße 106, I.  
**Altona:** G. Fels, Große Bergstraße 136, part  
**Ottensen:** F. Henke, Schulstraße 9, I.  
**Wandsbeck:** G. Giese, Langestraße 72, I.  
**Schiffbeck:** W. Köppe, Möllner Landstraße 26.  
R. Gadelberg, Gauleiter, Altona-Ottensen, Gr. Rabenstr. 14, I.

**Deliktisch.** Taten und Beschlüsse der Zahlstelle Kottbus! Einige Nummern des Tabakarbeiter sind nun nach meiner Erklärung erschienen, ohne daß der von mir geforderte „Wahrheitsbeweis“ für die grundlosen Beschuldigungen, welche ein Kollege in einer Mitgliederversammlung gegen mich erhoben hat, erbracht wurde. Ein Mitglied, während seiner „Abwesenheit“, in einer Versammlung zu beschuldigen, „um ihn um seine Rechte zu bringen“, ist keine Kunst, es gehört aber ein trauriger Mut dazu und ist scharf zu beurteilen. Um so mehr, wenn es sich um ein Mitglied handelt, das das Opfer seiner Verbandsstätigkeit wurde. Da ich bereits diese Machination in meiner Erklärung gebührend gekennzeichnet und zurückgewiesen, wird sich wohl ein weiteres Eingehen erübrigen. Damit komme ich, meinem Versprechen gemäß, wieder auf den Kottbusser Versammlungsbericht, worin gegen mich — um die Unterstützungsentziehung zu rechtfertigen — der Vorwurf erhoben wurde, gute annehmbare Arbeit nicht angenommen zu haben, zurück. Es heißt dort wörtlich: „Die Entziehung der Unterstützung seitens der Verwaltung wurde einstimmig gebilligt, da Kollege Paasch die ihm angebotene gute Arbeit nicht angenommen hatte.“ Ist das etwa wahrheitsgetreu berichtet? Nein, die Darstellung von der „guten“ zurückgewiesenen Arbeit ist eine falsche und geeignet, mich öffentlich herabzuwürdigen. Sie erweckt den Anschein, als ob ich es nur darauf abgesehen hätte, mir durch unlaute Motive die Unterstützung zu verschaffen. Warum habe ich denn diese gute Arbeit nicht angenommen? Das wird in dem Bericht einfach „verschwiegen“! Daß die Arbeit bei einem Verbandsmitglied „gut“ ist, ist ja selbstverständlich. Daraus folgt aber noch lange nicht, daß sie — worauf es ankommt — für „jeden“ Arbeitslosen annehmbar ist und „jedem“ Arbeitslosen aufgezungen werden kann. Werde weiter unten noch darauf zurückkommen. — Wie verhält es sich nun in Wirklichkeit mit der angebotenen Arbeit? Am 30. Mai wurde ich arbeitslos und „am 9. Juni hatte ich bereits wieder Arbeit hier am Orte angenommen“. Vor dem 2. Juli konnte ich jedoch den Umzug nicht ausführen, weil erst an diesem Tage die von mir gemietete Wohnung frei wurde. Somit war ich gezwungen, die mir zustehende Unterstützung auf einige Wochen in Anspruch zu nehmen. Nachdem ich diese 14 Tage lang bezogen, wurde mir Arbeit „zur Aushilfe“ nachgewiesen. Wertwürdig, gerade „einen Tag“, nachdem meine Frau, die 15 Jahre für mich Widel macht, vom Arzt „krank geschrieben“, wurde mir obige Arbeit angeboten. Weil ich aber selbst Widel machen sollte, habe ich diese gute Arbeit nicht angenommen. Warum hat man mir denn nicht die ersten 14 Tage meiner Arbeitslosigkeit diese gute Arbeit zufommen lassen? Mit meiner Frau als Widelmacherin hätte ich dieselbe dankend angenommen. Dies also der wahre Sachverhalt. Wie schon erwähnt, wurde mir die Unterstützung entzogen. Ob die Verwaltung im vorliegenden Falle dazu berechtigt war, das zu beurteilen überlasse ich der gesamten Kollegenchaft. Die Versammlung hat durch Beschluß das Verhalten der Verwaltung gebilligt. Der Hauptvorstand hat durch „Stillschweigen“ diesem Beschluß seine „Zustimmung“ gegeben! Dadurch gewinnt der Beschluß größere „Bedeutung“ und „allgemeines Interesse“. Es entsetzt nunmehr die Frage: Hat ein Mitglied ein „begründetes Recht“ zur Arbeitsablehnung? Diese Frage verdient erörtert zu werden und werde ich in der nächsten Nummer des Tabakarbeiter näher darauf eingehen.

**Graubenz.** Wohl keine Stadt gibt es in Deutschland, die 37 000 Einwohner zählt, wo die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten eine derartige Höhe erreichten und die noch solche niedrige Löhne in der Tabakindustrie aufzuweisen hat, wie Graubenz. Annähernd 400 Tabakarbeiterinnen sind hier beschäftigt, die sich auf drei Betriebe verteilen. Der größte Betrieb ist die Firma J. Neumann, Sitz Berlin, mit 300 Arbeiterinnen. Weiter sind die Firmen P. M. Eppenstein Söhne, Sitz Schönlank und C. Grunenberg vertreten. Hinzu kommt noch, daß nicht nur die Löhne sehr niedrig sind, sondern daß auch die Behandlung von Seiten der Meister in den Betrieben von J. Neumann und C. Grunenberg als nicht menschenwürdig zu bezeichnen ist. Meister Robert Schönfelder, bei der Firma C. Grunenberg, erlaubt sich, nicht nur die Mädchen mit Schimpfausdrücken zu belegen, sondern würgte ein Mädchen auch am Hals und stieß sie mit dem Fuße. Da nun Frä. Martha Kleinholz den Meister Schönfelder verklagt hat, so werden wohl noch weitere Taten des noblen Herren in der Veranblung zur Sprache kommen. Zu bedauern ist, daß die schlechte Behandlung, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit zum größten Teil Schuld der Arbeiterinnen selbst ist. Schon öfter ist von Seiten des Deutschen Tabakarbeiterverbandes der Versuch gemacht worden, das Elend dieser armen Arbeiterinnen zu lindern und sie für die Organisation zu gewinnen, leider aber immer vergebens. Jetzt endlich aber scheint die schlechte Behandlung doch ein wenig Licht in die Köpfe der Arbeiterinnen hineinzubringen, da schon die letzte Versammlung etwas besser von den Kolleginnen besucht war. Da nun jetzt das Gewerkschaftskartell Graubenz die weitere Agitation unter den Tabakarbeiterinnen vornehmen will, so ist nur zu wünschen, daß es gelingen möge, mit Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterchaft dieselben dem Deutschen Tabakarbeiterverband zuzuführen, um dann ihre erbärmliche Lage aufzubessern. Darum, Tabakarbeiterinnen von Graubenz, wacht auf, erkennt Euer elendes Dasein, werft die Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit ab, hinein in die Organisation und erkämpft Euch mit deren Hilfe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

**Hannau.** Am 14. Juli fand im Saalbau eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Bericht vom Gewerkschaftskongress; 3. Verschiedenes. Kollege Meth legte die Abrechnung vom 2. Quartal vor, sie wurde für richtig befunden und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im 2. Punkt gab Kollege Gauleiter Schnell Bericht über die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Da die Versammlung schlecht besucht war, behandelte Kollege Schnell nur die wichtigsten Punkte, welche auch für uns Tabakarbeiter von großem Nutzen sind. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Kiffelstein und Knaf, sowie die Kollegen Gräbener, Noll und Egold. Beim Punkt Verschiedenes wurden von Kollegin Knaf Uebelstände zur Sprache gebracht, welche den Verband nur hemmen und schädigen, sie bitten den ersten Bevollmächtigten, ein, Erklärung zu erlassen, damit den Gerüchten ein Ende bereitet wird. Kollege Egold brachte einen Antrag auf Verminderung der Kartellbeiträge ein, derselbe wurde angenommen und der Kartellversammlung unterbreitet. Zum Schluß wurde Kollegin Kiffelstein als Revisorin gewählt.

**Hilbesheim.** Die am 11. August im Gewerkschaftshause stattgefundene Mitgliederversammlung besaßte sich u. a. mit zwei wichtigen Punkten: 1. Berichterstattung von der Gaufonferenz in Werningerode und 2. Regelung der zu zahlenden Lokaltbeiträge. Ueber den 1. Punkt entsponn sich eine rege Debatte, vor allem betreffs einer Anregung eines festzusetzenden Minimallohns von 9 Mark durch die Gaufonferenz. Des Witzverständnisses einiger Mitglieder wegen setzte der erste Bevollmächtigte, Kollege Marahrens, klar und sachlich auseinander, daß dieser kommen müßte, da wir dazu durch unsere erbärmliche Lebenslage getrieben werden, daß aber nur ein Durchgreifen des Arbeitsnachweises der Gauleiter vermag, dies in Zukunft zu verwirklichen. Am übrigen erklärte sich die Versammlung mit dem

Bericht zufrieden und einverstanden. Auch über den 2. Punkt entwickelte sich eine längere Diskussion. Schon vor längerer Zeit war der Beschluß gefaßt worden, daß die männlichen Mitglieder 10 Pfg. als Kartellbeitrag und 10 Pfg. zum Arbeitersekretariat zu zahlen hätten und die weiblichen einen Gesamtbeitrag von 10 Pfg. Die Versammlung sah sich wiederholt genötigt, durch die große Laune und Interesslosigkeit verschiedener Mitglieder hier einmal energisch vorzugehen. Es fand somit folgender Antrag Annahme: Die Mitglieder verpflichten sich, einen Lokalbeitrag zum Gewerkschaftskartell von 10 Pfg. pro Monat zu zahlen; außerdem freiwillig einen Beitrag von 10 Pfg. für das Arbeitersekretariat. Diejenigen, welche nur den Kartellbeitrag zahlen, haben kein kostenloses Anrecht zum Sekretariat. Es wurden dann noch Lokale und persönliche Angelegenheiten geregelt. Darauf wurde die Versammlung geschlossen. Es wäre nur noch zu wünschen, daß in Zukunft einer solchen wichtigen Versammlung mehr Interesse entgegengebracht würde, denn viele Mitglieder scheinen es nicht für nötig zu erachten, zu erscheinen, oder nicht wissen zu wollen, wie schweren, ersten Zeiten wir entgegengehen.

Die Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, ihren Pflichten betreffs der Lokalbeiträge nachzukommen, widrigenfalls der Paragraph 15, Absatz 1 des Statuts in Anwendung kommt, nach welchem die Säumigen gestrichen werden.

Magdeburg. In der am 9. August abgehaltenen Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes erstattete Rüdiger Bericht von der Gaukonferenz in Wernigerode, der beifällig aufgenommen wurde. Dann wurden verschiedene Mißstände in Magdeburger Betrieben gerügt und besonders hervorgehoben, daß die Firma Karl Klees, Peterstraße, den mit den Arbeitern festgesetzten Minimallohn nicht auf alle Sorten zahlt. Gauleiter Burgold-Braunschweig schilberte in kurzen Zügen die Lage der Tabakarbeiter im allgemeinen und die der Magdeburger im besondern, betonend, daß seit Jahrzehnten eine Lohnaufbesserung nicht eingetreten wäre. Nachdem es den Tabakarbeitern im vergangenen Jahre mit Hilfe der Organisation gelungen sei, die Löhne etwas aufzubessern, kommen die Fabrikanten herbei und suchen die gemachten Zugeständnisse illusorisch zu machen. Einer scharfen Kritik unterzog Redner einen Brief des Herrn Klees. Am Schluß seiner Ausführungen teilte Redner den Magdeburger Tabakarbeitern mit, daß der Deutsche Tabakarbeiterverband nicht gesonnen ist, die sowieso schon niedrigen Löhne seiner Magdeburger Mitglieder fürgen zu lassen, sondern daß er beabsichtigt sein wird, überall bessernd eingzugreifen. Ein Antrag, die Sperre über den Betrieb Karl Klees zu verhängen und die Bevollmächtigten zu beauftragen, Vorkommnisse in andern Betrieben genau zu untersuchen, um eventl. vorgehen zu können, fand einstimmige Annahme.

Neudamm. Am Sonnabend, 15. August, fand im Restaurant zur Deutschen Eiche von Paul Schäfer eine sehr gut besuchte Tabakarbeiterversammlung statt, als Referent war Kollege Max Müller-Berlin erschienen. Die Tagesordnung war folgende: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Welche Gefahren drohen uns durch die Gründung eines Unternehmerverbandes der Provinz Brandenburg; 3. Diskussion. Der 1. Punkt der Tagesordnung wurde erledigt; es wurden fünf Mitglieder für unsern Verband gewonnen. Zum 2. Punkt übernahm Kollege M. Müller-Berlin das Wort. In 1½stündiger Rede entrollte er der Versammlung ein Bild, welches auch den Unausgeklärtesten belehren mußte. Zum Schluß erwähnte er, daß wir dahin streben müßten, uns bis auf den letzten Mann zu organisieren. Vater, Mutter, Schwäger, Brüder, alle müssen dem Verband angehören. Nach einem Schlußwort schloß der erste Bevollmächtigte die Versammlung mit einem Hoch auf die Solidarität der Gewerkschaften Deutschlands.

Neudamm. Am Sonntag, 16. August, fand hier das erste Gewerkschaftsfest statt, welches von vielen hundert Personen besucht war. Das Programm entrollte sich folgendermaßen: Konzert, ausgeführt von der hiesigen Kapelle unter Leitung ihres Dirigenten, Kollegen Otto Herrmann; auch erfreute der Arbeitergesangverein Humor durch das Singen seiner Lieder die Volksmasse. Dann besieg Kollege Müller-Berlin die Tribüne und legte den Anwesenden in einstudierter Rede den Zweck und die Bedeutung dieses Festes klar. Ein Hoch aus dem Munde aller Anwesenden war sein Lohn, als er geendet hatte.

Oberode. Nachdem alle Versuche der streikenden Tabakarbeiter in Oberode, eine Einigung herbeizuführen, an dem Starrsinn der Geschäftsleitung scheiterten, wurden die in den Filialfabriken in Wigenhausen und Umgegend noch in Arbeit stehenden Kollegen zu solidarischem Handeln aufgerufen, was auch einen Erfolg hatte. Das beste Zeugnis hierfür legen die zahlreichen Eintrittserklärungen in den Verband und die am 16. August stattgefundene Konferenz der bei der Firma Klevenhufen beschäftigten Arbeiter ab. Die Konferenz erfreute sich eines recht zahlreichen Besuchs und die Stimmung, welche herrschte, war eine sehr gute. Nachdem der Kollege Spung einen kurzen Bericht über die Tätigkeit in der letzten Woche gegeben hatte, nahm der Kollege C. Deichmann das Wort und erstattete Bericht über die Verhandlung der Bremer Kollegen mit den Inhabern der Firma Klevenhufen. Besonders wurde von ihm hervorgehoben, daß das Gerücht, welches von der hiesigen Geschäftsleitung ausgeht, daß die Bremer Kollegen keine Solidarität üben wollten, eitel Schwindel sei und nur zu dem Zwecke verbreitet wurde, Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen. Die sich anschließende Diskussion ergab, daß die Arbeiter mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden waren und nicht länger gesonnen seien, den Machinationen der Geschäftsleitung gleichgültig gegenüber zu stehen. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 16. August tagende Konferenz der bei der Firma G. Klevenhufen beschäftigten Arbeiter in Wigenhausen und Umgegend spricht ihren in Oberode kämpfenden Kollegen volle Sympathie aus und verspricht, mit allen Mitteln dafür eintreten zu wollen, daß ihre Forderungen anerkannt und bewilligt werden. Gleichzeitig beschließt sie, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Betrieben Forderungen in Höhe von 15 Prozent pro Mille für Zigarettenmacher sowie für alle im Tagelohn beschäftigten Arbeiter eingereicht und zur Anerkennung gebracht werden sollen. Die Konferenz beauftragt deshalb die Leitung der Konferenz, vorstehende Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.“

Oranienbaum. Sie wollen nicht bewilligen, die Oranienbaumer Zigarettenfabrikanten! Noch immer versuchen die Vertreter des Tabakarbeiterverbandes die bei der Firma Döring bestehenden Lohnunterschiede zu beenden. Aber die Herren Döring wollen nicht bewilligen, betrachten sie doch einen Lohn von 24 Mk. pro Woche für Mann und Frau als „hoch“, und „wenn uns erst die Organisation dazwischen kommt, bekommen wir gar keine Ruhe wieder“, sagte Herr Döring jun. naiverweise. Nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter sind es also, warum man sich ablehnend verhält, sondern man will verhindern, daß sich die Organisation in Oranienbaum Eingang verschafft. Tabakarbeiter von Oranienbaum, erkennt hieraus, welchen Wert die Organisation hat! Aber auch den Zigarettenfabrikanten von Oranienbaum wollen wir mitteilen, daß ihre Drohung, eventuell die gesamten Tabakarbeiter von Oranienbaum auszusperren, nicht den Zweck erreicht, den man sich davon verspricht; sind doch die Löhne in Oranienbaum die niedrigsten in Deutschland mit und wird sich Erbsch so leicht nicht finden. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist jederzeit bereit, auch in diesem Falle für die Interessen seiner Mitglieder einzutreten.

Roslau. Der Verband der Tabakarbeiter hat es durchgesetzt, daß die Zigarettenfabrikanten Zrmer, Melsheimer und Schramm den vom Verbands geforderten Minimallohn von 9 Mark für die Anfertigung von 1000 Zigaretten bezahlen.

Spenge. Die letzte Mitgliederversammlung, die bei dem Kollegen Wilh. Oldenburger stattfand, hatte folgende Tagesordnung: 1. Bericht über die Einnahmen und Ausgaben von 1907; 2. Gründung einer Lokalkasse; 3. Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Fritz Beder seitens der Ortsverwaltung. Der 1. Bevollmächtigte gab den Jahresbericht, welcher einstimmig angenommen wurde. Zum 2. Punkt wurde beschloffen, eine Lokalkasse zu gründen; zur Ausarbeitung der Statuten wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt. Zum 3. Punkt wurde einstimmig beschloffen, das Mitglied Fritz Beder aus dem Verbands auszuschließen und einen dahingehenden Antrag beim Hauptvorstand zu stellen. Gründe zum Ausschluß: Am 2. Februar tagte beim Gastwirt Langemeier ein Schiedsgericht gegen den Kollegen Fritz Brinmann, weil Brinmann unter anderem zum Werkmeister Heidemann gesagt haben sollte, der Vorstand unseres Verbandes würde den Streit bei der Firma Jessmacher u. Comp. nicht bewilligen. Nachdem dies der Werkmeister Heidemann wußte, teilte er — wie wir annehmen — das sofort der Firma mit, und daraufhin ist die Aussperrung erfolgt. Nun glaubten aber schon damals die Kollegen und glauben es heute noch nicht, daß der Kollege Brinmann dies sagen konnte. Deshalb forschten verschiedene Kollegen nach, um den Verräter herauszubekommen. Und nun der Erfolg. An den Früchten konnte man ihn nicht erkennen, weil er keine aufzuweisen hatte. Aber wie nun verschiedene Kollegen in den Werkmeister Heidemann drangen, um zu erfahren, wer in Wirklichkeit der Verräter wäre, sagte er folgendes aus: Fritz Beder wäre zu ihm gekommen und hätte die Kündigung zurückgefordert und ihm dabei offenbart, daß der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes doch die Bewilligung zu dem Streit nicht geben würde. Das muß nach unserer Meinung der Werkmeister der Firma berichtet haben, worauf diese die Aussperrung erfolgen ließ; und nach 14tägiger Aussperrung ermannten sich dann die Kollegen im Einverständnis mit dem Vorstand zu einem Streik um besseren Lohn und besseres Material. Wäre die Aussperrung nicht gekommen, wäre auch kein Streik gekommen. Hätte Beder nichts zu Heidemann gesagt, wäre nach unserer Meinung die Aussperrung nicht erfolgt, jobann wäre auch die Verbandskasse geschont worden. Dies alles verschuldet zu haben, wird Beder nicht allein von den Arbeitern in Spenge beschuldigt, sondern er hat es im vorigen Winter selbst einem Verbandskollegen in Dettinghausen eingestanden. Nach all diesem war es nicht mehr möglich, Beder als Verbandskollegen zu betrachten, und es erfolgte deshalb Antrag auf Ausschluß aus dem Verband. Ein andermal beschäftigen wir uns mit Beder weiter.

Striegau. Am Freitag, den 14. August, fand im Gasthof zum Fürst Bismarck unsere monatliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Berichterstattung von der Bezirkskonferenz; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer, Koll. Gaim, vorgelesen. Es ergab sich eine Einnahme von 1327,41 Mk. Die Ausgabe betrug 843,64 Mk. Mit hin blieb am Schluß des 2. Quartals ein Bestand von 483,77 Mk. In der Lokalkasse betrug die Einnahme 95,53 Mk., die Ausgabe 14,50 Mk., bleibt Bestand 81,03 Mk. Den 2. Punkt der Tagesordnung erledigte Kollege Gaim als Delegierter von der Bezirkskonferenz. Er erklärte den Anwesenden in klarer und leicht faßlicher Weise die Verhandlungen und Beschlüsse, welche dieser Konferenz zugrunde lagen. Der 3. Punkt, Verschiedenes, nahm den größten Teil des Abends in Anspruch. Es wurden von den Anwesenden verschiedene Anträge gestellt. Es wurde auch beschloffen, im November unser 25jähriges Stützungsfest feierlich zu begehen, und eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, welche die nötigen Vorarbeiten dazu treffen soll. Außerdem wurde für den verstorbenen Parteiführer Genossen Baudach eine Beihilfe zum Denkmalfonds von 5 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende, Kollege Wänich, die Anwesenden, recht tüchtig für den Verband zu agitieren, da in dieser Angelegenheit in unserer Zahlstelle noch ein weites Feld zu bearbeiten sei.

### An die Kollegen und Kolleginnen von Hunnebrock und Umgegend.

Wegen Verweigerung seiner Lokalitäten zu Versammlungen wurde der Wirt Friedrich Erdrügger boykottiert. Da in der letzten Mitgliederversammlung beschloffen wurde, dies auch im Tabakarbeiter bekannt zu geben, so geschieht dies. Es ist Pflicht eines jeden rechtbendenden Arbeiters, der Arbeiterchaft von Hunnebrock und Umgegend zum Siege zu verhelfen.

Hoch die Solidarität!

## Uereinstell.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

## Bekanntmachungen.

Verloren gemeldet wurden:

Von Kelllingen: Mitalkedskarte, lautend auf den Namen Johannes Pein aus Pinneberg, eingetr. am 6. 5. 08; Mitalkedsbuch, lautend auf den Namen W. Holzberg aus Pinneberg, eingetr. am 15. 6. 07, S. I, 45885.

Von Striegau: Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Rob. Mai aus Heidenberg, eingetr. am 30. 6. 07, S. I, 60134.

Von Oranienbaum: Wanderkarte, lautend auf den Namen Otto Schön aus Billigau, geb. 6. 9. 84, eingetr. am 17. 10. 04, Buch S. I, Nr. 5233. Diese Wanderkarte wurde am 19. 7. in Hähnchen ausgehellt.

Ohne Abmeldung abgereift:

Von Grevesmühlen: Otto Salomo aus Alt-Ruppin, eingetr. am 28. 6. 08.

Gestrichen wurde:

Nach § 15 Ernst Dreßler aus Bellewitz, geb. 20. 6. 56, eingetr. am 18. 2. 07, Buch S. I, 62817, Kl. III, zurzeit in Elstra. Derselbe hatte aus dem Jahre 1905 9.10 Mk. zu Unrecht erhobene Arbeitslosenunterstützung zurückzahlen. 2.— Mk. sind im 2. Quartal 1908 in Elstra zurückgezahlt worden, den übrigen Betrag weigert sich D. zurückzahlen.

Die Bevollmächtigten und Gauleiter werden bringend ersucht, dem Anton Vesper aus Hammer, geb. 12. 12. 75, eingetr. am 18. 11. 97, Buch S. I, 46854, die hiermit gleichlautende Wanderkarte abzunehmen und einzulösen. B. hat, soweit festgestellt werden konnte, in diesem Jahre schon 65 Tage a 1.20 Mk. zusammen 78.— Mk. Arbeitslosenunterstützung erhoben, das sind 23 Tage zuviel. Die Tatsache, daß B. ein solches Mehr erheben konnte, als ihm statutengemäß zustand, zeugt davon, daß B. den

Verband zu brandstagen sucht, einmal und dann, wie manche Bevollmächtigte die Geschäfte lag handhaben. Wir verweisen an dieser Stelle auf das Statut und die Ausführungsbestimmungen und bitten um dessen Beachtung.

Die Absender von Zuschriften und Sendungen an den Vorstand werden im eigenen Interesse gebeten, bei allen Sendungen ihre Adresse stets deutlich und äußerlich der Sendung beizufügen.

Bremen.

Der Vorstand.

### An die Bevollmächtigten des 3. Gaues.

Werte Kollegen!

Laut Beschluß der Gaukonferenz in Wernigerode ist der Arbeitsnachweis in die Gau verlegt, und hat die Braunschweiger Mitgliederversammlung zum Leiter des Arbeitsnachweises den Kollegen W. Jansen, Mondelstraße 5, bestimmt.

Erlaube sämtliche bei den Bevollmächtigten angeforderten Arbeiter dem Arbeitsnachweisleiter des 3. Gaues zu übermitteln. Arbeiter erhalten nur die Fabrikanten, welche den von der Gaukonferenz festgesetzten Minimallohn von 9 Mk. pro Mille zahlen.

Emil Burgold.

### Vom Vorstände sind ernannt:

Für Sprottau: Gust. Langner als 1. Bev.  
Für Wigenhausen: Wilh. Schäfer als 1. Bev., Karl Felmeden als 2. Bev., August Wigel als 3. Bev.  
Für Zelhausen (Kreis Offenbach a. M.): Konrad Adolf Reuter als 1. Bev.

Vom 11. bis 17. August 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
9. August.	12. August.
Stutgart . . . . . 170.—	Essen (Fab) . . . . . 40.—
10. Trebbin . . . . . 200.—	12. Kreuzburg, durch D. Wiesen . . . . . 100.—
10. Buttstädt . . . . . 32.30	12. Elgersweier . . . . . 60.—
10. Dünne . . . . . 75.—	12. Baßen . . . . . 100.—
10. Gonnern . . . . . 40.—	13. Gisleben . . . . . 40.—
10. Schwepnitz . . . . . 50.—	13. Prenzlau . . . . . 200.—
10. Münden i. H., M. Gregerien . . . . . 1.—	13. Zerbst . . . . . 50.—
10. Münden i. H., Chr. Jensen . . . . . 1.—	13. Heidenheim, durch H. Oberle . . . . . 10.—
10. Potsdam . . . . . 80.—	13. Stuttgart, durch H. Oberle . . . . . 100.—
10. Frankenberg i. S. . . . . 300.—	13. Garbenfeld, durch F. Schnell . . . . . 32.77
10. Sorau . . . . . 100.—	14. Burgdamm . . . . . 200.—
10. Löbau . . . . . 200.—	14. Zwickau . . . . . 120.—
11. Hohneln . . . . . 50.—	14. Kirchlangern . . . . . 300.—
11. Dettinghausen . . . . . 125.—	14. Langwedel . . . . . 100.—
11. Nabeberg . . . . . 30.—	15. St. Andreasberg, H. Bod . . . . . 8 40
11. Bergeborf . . . . . 150.—	15. St. Andreasberg, L. Nielsen . . . . . 3 60
11. Bergeborf, Chr. Vandrey . . . . . 7.—	15. Teupitz, W. Schlüter . . . . . 8 50
11. Wipfen . . . . . 100.—	15. Walbheim . . . . . 200.—
11. Schiffbed . . . . . 80.—	15. Wiesel . . . . . 675.09
11. Görlich . . . . . 400.—	15. Klein-Auheim . . . . . 50.—
11. Bovenben . . . . . 200.—	15. Pafewalk . . . . . 62.97
11. Delmenhorst . . . . . 100.—	15. Kyritz . . . . . 30.—
11. Nierbergen . . . . . 111.92	16. Salzuflen . . . . . 70.—
11. Herzberg a. H. . . . . 170.—	16. Eisterwerda . . . . . 35.40
11. Wajungen . . . . . 90.—	16. Kandel . . . . . 22.26
11. Oldendorf i. H. . . . . 50.—	
11. Neißkirchen . . . . . 35.30	
12. Hamburg . . . . . 800.—	

### B. Freiwillige Beiträge:

25. Mai. Blotho, R. N. . . . . 10.—  
Berichtigung: In Nr. 31 des Tabakarbeiter muß es heißen: Fußgönheim 70.— Mk., statt Oggersheim.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Stwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Erlaube die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
Bremen, den 17. August 1908.

W. Niederwolland, Kassierer,  
Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6

### Adressen = Henderungen:

Nachstehende Aenderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für Kreuznach (6): Alle Sendungen sind an Joh. Wicker, Glockengasse 6, zu senden.

Für Sprottau (14): Alle Zuschriften sind an Gustav Langner, Neustraße 26, Hinterhaus III, zu adressieren.

Für Wigenhausen (4): Alle Zuschriften sind an Karl Felmeden, Judenstraße 274, zu adressieren.

### Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Wajungen: Sonntag, den 28. August, im bekannten Lokale. Tagesordnung: 1. Das diesjährige Stützungsfest. 2. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bielefeld: Sonnabend, den 29. August, abends 8¼ Uhr, im Lokale des Herrn C. Blome, Weberstraße 5. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Löhne: Sonntag, den 30. August, nachmittags 4 Uhr. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um zahlreiches Erscheinen bittet. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Lemgo: Montag, den 31. August, abends 8¼ Uhr, bei Herrn H. Volland, Breite Straße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Referent: Wilhelm Schlüter, Gauleiter. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 22. August, des 25. Stützungsfestes wegen, die Zahlstafel bei Luter, Weinstraße 11 und Heusel, Dragonersstraße 15, ausfallen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Ohlenhorf, Mozartstraße 5, I. Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: L. Dehand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Bischofswerda 30.— Mk., AdN 50.— Mk., Untergrombach 100.— Mk., Briteg 70.— Mk., Labenburg 75.— Mk., Delmenhorst 75.— Mk., Gera 80.— Mk.

Sterbekasse: Bischofswerda 7.85 Mk., Breslau 63.20 Mk., Würzen 33.60 Mk., Briteg 8.97 Mk., Delmenhorst 39.33 Mk. Zuschüsse: Breslau 63.20 Mk., Hasteft 100.— Mk., Bietz 50.— Mk.

Krankengeld: 31.67 Mk.  
Hamburg, den 17. August 1908. J. Otto.

# Heinrich Franck, Berlin N. 54 Brunnenstr. Nr. 185

Telephon Amt III, 4352. Geschäftszeit: Vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr, Sonntags 8 bis 10 Uhr vormittags. Gegründet 1879.

**Rohtabak-Handlung**  
Transitversand ab Amsterdam, Bremen, Löcknitz (Uckermark)  
**Eigenes Transit-Lagerhaus.**  
Ausführliches Preisverzeichnis umsonst und portofrei.

Preise **verzollt** per 1/2 kg. ab Berlin gegen Kasse mit 3% Skonto. — Bahn- sendungen erfolgen frei Bahnhof Berlin. Verpackung wird nicht berechnet. — Bahn- oder Post-Station bitte stets deutlich angeben. — Bei Kassabezug von 50 Pfd. einer Sorte an 2% Extrarabatt. — Muster und Aufträge, bei denen nichts bemerkt, der Einfachheit halber nur per Nachnahme. — Offerten freibleibend.  
::: Für Transitzkäufe bitte besondere Preisaufgaben einzufordern. :::

**Lager aller Utensilien**  
für die Zigarrenfabrikation.  
**Ständiges grosses Formen-Lager.**  
**Gebrauchte Formen stets am Lager.**  
Illustrierter Katalog und Musterbogen umsonst und portofrei.

## Besonders preiswerte Sumatra-Tabake:

Garantiert schneeweisser Brand und nur beste Marken.

Nr.	Bezeichnung	Verzollt.	Mk.
Nr. 1413.	Deli My/NO/SS3. Vollblatt, sehr blattig, wenig Spickel, hellbraun, verkehrt fahl	2.20	Mk.
Nr. 1414.	Deli My/NO/XL2. Sehr hell, sehr blattiges Stückblatt, schönste Farben, verkehrt hellfahl	2.30	Mk.
Nr. 1415.	Amsterdam Deli Co. Vollblatt, 2. Länge, festes Blatt, mittel- und hellbraun, guter Geschmack	2.40	Mk.
Nr. 1416.	L.P.C. 2. Länge, Lochblatt, fast Vollblatt, edle hellmatte Farben, feinste Qualität	2.60	Mk.
Nr. 1435.	S & B/Deli. Vollblatt, 3. Länge, hellbraun, sehr reinfarbig, verkehrt sehr hell	2.70	Mk.
Nr. 1417.	Deli My/P. Vollblatt, 2. Länge, reifbraun, alter Qualitätstak	3.00	Mk.
Nr. 1423.	DCM/Deli. Vollblatt, 2. Länge, edles hellbraun, ungemein blattig, sehr vorteilhaft	3.25	Mk.
Nr. 1418.	Deli Langkat/N3. Vollblatt wie eine 2. Länge, ganz fahlgrün und matt	3.30	Mk.
Nr. 1419.	S & R/Deli. Vollblatt, 2. Länge, ganz hellbraun, teils hellmatt, feinsten Geschmack	3.40	Mk.
Nr. 1420.	Langkat/HL. Vollblatt, 2. Länge, durchweg hellrötlich und hellmatt, riesig leicht, zart	3.50	Mk.
Nr. 1421.	Deli My/LM. Vollblatt, grosse 2. Länge, lüsteru hellbraun, zart und doch fest, voller Geschmack	3.80	Mk.
Nr. 1422.	Deli B My. Vollblatt, 2. Länge, sehr blattig, sehr hell, viel hellfahl, sehr leicht	4.00	Mk.

Nr.	Bezeichnung	Verzollt.	Mk.
Nr. 1424.	Deli My/QB. Vollblatt, 2. Länge, sehr blattig, alter, hochfeiner, hellbrauner Qualitätstak	4.30	Mk.
Nr. 1425.	Deli My/LM. Vollblatt, 1. Länge, wunderbar in Art, teils hellfahl, teils hellbraun	4.40	Mk.
Nr. 1197.	Deli Langkat/B. Vollblatt, 2. Länge, sehr leicht, ganz matte helle Farbe, vorjährig	4.50	Mk.
Nr. 1427.	Deli Langkat/A. Vollblatt, sehr grosse 2. Länge, ungemein hell und reinfarbig	4.80	Mk.
Nr. 1428.	Deli My/KB/Langkat. Vollblatt, 2. Länge, Sandblattpartie, fahl, matt und hell	6.60	Mk.
Nr. 1337.	DPM/Deli. Vollblatt, 1. Länge, sehr leicht, zart, ganz hellfahl (grünlich)	7.00	Mk.
Nr. 1385.	Deli My/QB. Vollblatt, 2. Länge, alter, hochfeiner Qualitätstak, lüsteru hell, verkehrt hellfahl	8.00	Mk.

### Java-Decken:

Nr. 1429. Vollbl., 2. Lge. hellbr. Vorstentl.-Charakter	2.10 Mk.	Nr. 1188. Sumatra-Ersatz, zart, grossblättrig	2.80 Mk.
Nr. 1430. dito, schwarzbraun, Mexico-Farben	2.50 Mk.	Nr. 1046. Sumatra-Ersatz, sehr reinfarbig, deckfähig	3.00 Mk.

**Vorstentlanden-Spezialofferte:** Nr. 1431. Fahle, teils graue Decke mit etwas Schussfarben, 2. und 3. Länge zus. 1.60 Mk.

**1906er Uckermärker Umblatt,** grossblättrig, sehr leicht, Nr. 1376. 100 Pfg. verz.

**Java-Aufarbeiter:** Sehr leicht, sehr blattig, feine Qualität, flottester Brand, Nr. 1380. 95 Pfg. verz.

:: Täglich zweimaliger ::  
Versand, daher schnellste  
:: Bedienung. ::

Vorzüglicher St. Felix-Brasil sehr preiswert	Nr.	Bezeichnung	Preis
	Nr. 1409.	Cruz das Almas 3a, sehr leicht, nur	125 Pfg. verz.
	Nr. 1410.	****	130 " "
	Nr. 1392.	Mattas ****, hochfein, leicht,	140 " "
	Nr. 1363.	Cruz d. Almas/P. hochf., m. Decke,	160 " "
	Nr. 1411.	Decke, dunkel bis schwarz, sehr blattig	300 " "

Sämtliche Sorten sind in grossen Partien am Lager, daher dauernd gleichmässige Lieferung. ::

## Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma Gebrüder Rauh, Gräfrath b. Solingen

Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges. — Versand direkt an Private.



Abbildung in natürlicher Grösse.

**30 Tage zur Probe!**  
**Echtes Pelz-Portemonnaie**  
Sehr dauerhaft, immer sauber. Aeusserst angenehm im Tragen.

**Nr. 10220.** Herren-Portemonnaie aus echtem Grönländer Seehundpelz, mit Leder-Einfassung, Feder-Innenbügel und gut vernickeltem Klappschloss, im ganzen 5 Fächer, 7 1/2 cm hoch, 10 cm breit.

**Preis ohne Beschläge nur Mk. 1.60 franko.** Mit den Beschlägen wie auf Abbildung kostet das Portemonnaie 40 Pfg. per Stück mehr. Auf Wunsch bringen wir neben dem oberen Beschlag noch je einen beliebigen Anfangsbuchstaben an, wofür 10 Pfg. extra berechnet werden. Für den ganzen Namen ist der Raum zu klein. Ebenso kann auf Verlangen statt Beschlag Glaube — Liebe — Hoffnung ein anderer Beschlag angebracht werden, zum Beispiel: Stern, Krone, Adler, Pferd, Hufeisen, Kleeblatt etc. Bei Bestellung wolle man bitte bemerken, ob das Portemonnaie mit oder ohne Messingbeschläge gewünscht wird.

**Versand** unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.

**Garantieschein:** Nichtgefällende Waren tauschen wir bereitwilligst um od. zahlen Betrag zurück.

**Der Weltruf unserer Firma bürgt dafür, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt. — Ueber 6000 lobende Anerkennungs-schreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.**

So schreibt Herr Przelozny unaufgefordert: „Teile Ihnen mit, dass die vor kurzer Zeit gesandten Waren nicht nur meinen Wünschen entsprochen haben, sondern dass meine Erwartungen übertroffen worden sind. Bei Bedarf werde ich mich stets an Ihre Firma wenden und Sie im Bekanntenkreise bestens empfehlen. Anbei folgt wieder Bestellung.“  
Gez. Joh. Przelozny.



Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.



**Java-Umblatt und Einlage**  
in blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige Sumatra-Decker, Carmen- und Domingo-Umblatt, wie bestes, loses Gut, aus nur gesunden, überreife Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst  
**Heinr. Carl Rese jr., Bremen.**

**Wohlbekanntester, unverfälschter 1905er Rotwein**  
aus rhein. Burgundertraub. zu 70 Pfg. p. Ltr. im Faß von 30 Ltr. od. p. Flasche mit Glas von 12 Flaschen an. 2 ganze Flaschen für 1.90 Mk. franko.  
E. Otto Rühlmann, Coblenz a. Rh. 566.

**Sumatra hellblättrig 1.80 Mk.**  
2. Länge  
**Java Umblatt 1.20 Mk., leicht**  
**Java Einlage 0.90 Mk., leicht**  
G. Lücke, Vertreter: C. Roske  
Berlin N., Brunnenstrasse 179.  
Schöne alte Kinderreime.  
Preis 15 Pfg. Volksbuchhandlung, Leipzig.

**Roh-Tabak.**  
Sumatra-Decke, hell- u. mittelfarbige, 200, 225, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 420, 425, 450, 500, 550, 600 g, Umblatt 140 g.  
Java-Sumatra-Decke 215, 230 g.  
Vorstentland-Decke 200, 225, 250 g.  
Java 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 g.  
Brasil 105 Grä, 125, 130, 135, 150, 200 g.  
Carmen 95, 100, 110, 115, 120, 130 g.  
Domingo 95 g, pa. Umblatt, zart, nur 100 g.  
Seedleaf, großblättrig, pa. Qual., nur 90 g.  
Mexiko-Decke 225, 300 g.  
Fabrikabfall, grob, 75 g, Loagut 85 g.  
Inländische Einlage 85 g.  
**Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage 120 g netto**  
Preis per Kasse mit 3 Proz. Rabatt.  
Versand unter Nachnahme.  
**Bedarfs-Artikel**  
Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, neue Fassons eingetroffen.  
Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 Mk., mit Rad 19 Mk., ganz Eisen 26 Mk.  
Presskasten zu 1000 Zigarren nur 5.75 Mk.  
Rollbretter 175, 200 g, Strohholz 300, 350 g.  
Bündelbücke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 Mk.  
Arbeitsmesser 20 u. 30 g, 35 g Hamburger.  
Lack 30 g, 8 Stangen.  
Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 g.  
Band 50 Meter von 70 g an.  
Ringe ff. nur 20, 25 g, mit Borträt 45 g.  
Etiketten von 40 g pro 100 Stück an.  
Gummi-Tragant nur 175, 225, 250 g pr. Pfd.  
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.  
Preise per Kasse ohne Abzug.  
**S. Hammerstein Filiale**  
Vertreter: Gustav Boy  
Berlin N., Brunnenstr. 183.

**W. Hermann Müller**  
Berlin, Magazinstraße 14.  
Nr. 6198  
**Sumatra**  
à Pfund Mk. 1.75, verzollt.  
Nr. 6195  
**Java-Sumatra**  
à Pfund Mk. 2.50, verzollt, rötlich braun, gute Farben, tabellos brennend.  
**Ratgeber f. Arbeiter** Geb. 1.25 Mk. Volksbuchhdl. Leipzig.

## Das Fazit der Heimarbeit-Ausstellung in Frankfurt a. M.

Die Ausstellung von Produkten der Heimarbeit in Frankfurt a. M. war, wie man vor ihrer Eröffnung immer geflüchtlich betonte, veranstaltet, um eine unparteiische Darstellung und ein wahrheitsgetreues Bild der Heimarbeitverhältnisse zu geben. Man begründete diese Ankündigung damit, daß Unternehmer und Arbeiter gemeinsam unter einem „unparteiischen“ Vorsitzenden in den Sachausschüssen die Ausstellungsgegenstände beraten und beschließen hätten.

Es ist immer ein fragwürdiges Unternehmen, wenn Arbeiter und Unternehmer bei den vorhandenen widerstrebenden Interessen zwischen beiden zur Lösung und Klärung einer sozialen Frage wie die Heimarbeit „unparteiisch“ zusammenwirken wollen. Diese widerstrebenden Interessen zeigten sich schon bei den Vorarbeiten zur Ausstellung. Die Ausstellungsgegenstände wurden von den Unternehmern geliefert. Diese ließen sie zum Teil besonders für die Ausstellung anfertigen und haben hier in zahlreichen Fällen versucht, ihren Einfluß mehr zur Geltung zu bringen, als es im Interesse der vielbetonten Objektivität gelegen war. Wie zum Beispiel die organisierten Buchhändler berichteten, trat schon in den Beratungen der Sachausschüsse das Bestreben der Unternehmer zutage, durch einseitige Angaben höhere Stundenlöhne vorzurechnen, als in Wirklichkeit zu erzielen sind. Die Unternehmer drohten mit der Zurückziehung der betreffenden Artikel, wenn ihre Angaben von den Gewerkschaftsvertretern angezweifelt würden. Sie mühten sich eifrig, das Glend der Heimarbeit in der Kartonagenfabrikation zu verschleiern. Nach der Eröffnung der Ausstellung stellte der Schneiderverband fest, daß von den Unternehmern drei Kleidungsstücke in der Abteilung Konfektion ausgestellt wurden, die von den Arbeitervertretern im Sachausschuß abgelehnt worden waren. Sie mühten entfernt werden. Auch in der Lederwarenindustrie mußten einige Portefeuilleswaren zurückgezogen werden; diese Arbeiten waren durch außerordentlich gewandte Arbeiter angefertigt, die einen hohen Lohn erzielten, der den Besuchern der Ausstellung die glänzenden Lohnverhältnisse der Lederarbeiter vorspiegeln sollte. Die Ausstellung von Schweißblättern mußte entfernt werden, weil Stundenlöhne von 24 bis 59 Pfg. angegeben waren, obwohl der Sachausschuß festgestellt hatte, daß auch die beste Arbeiterin nicht über 22 Pfg. Stundenlohn erzielen konnte. Für die Angaben der Etiketten zu den ausgestellten Gegenständen waren die Sachausschüsse verantwortlich, die aus je einem oder zwei Vertretern der Arbeiter und Unternehmer und dem wissenschaftlichen Leiter bestanden; nun war aber eine Anzahl Vertreter nicht zu gewinnen — sie wollten die Verantwortung nicht tragen —, weshalb dann der „unparteiische“ Leiter allein die Angaben auf den Etiketten machte! Das konnte man an den Ausstellungsgegenständen natürlich nicht erkennen, man mußte annehmen, daß alle Angaben über Löhne, Arbeitszeit usw. unter der Kontrolle der Arbeitervertreter im paritätischen Ausschuß beschlossen worden sind. In der Schuhindustrie wurde von der beteiligten Organisation festgestellt, daß die Ausstellung von der Heimarbeit im Schuhmachergewerbe ein völlig falsches Bild zeige. Die Idee der Ausstellung, nicht das krassste Glend zu zeigen, sondern die Durchschnittsarbeit vorzuführen, sei im Schuhmachergewerbe nicht durchgeführt worden. Von einer Durchschnittsware sei nichts zu sehen, was ausgestellt sei, wären Arbeiten, wie sie in der Heimarbeit gar nicht mehr gemacht würden. Zum Beispiel sei ein Schuh ausgestellt, der lediglich als Reklame für ein Schaufenster angefertigt war. Es ist klar, daß derartige Produkte und die daran vermerkte Lohnhöhe und Arbeitszeit ein völlig falsches, mit Absicht entstelltes Bild von den Zuständen in der Heimarbeit geben. Aus all diesen Gründen habe die Ausstellung für die Schuhmacher keinen Wert, im Gegenteil, sie schädige die Arbeiter in der Heimindustrie, indem sie ein zugunsten der Unternehmer beeinflusstes Bild gebe. Die Ausstellung sei nur geeignet, eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse zu bewirken.

Eine charakteristische Kennzeichnung der Unternehmerpraktiken ist ein Vorkommnis in der Konfektion. Für die Abteilung der Damenkonfektion haben die Unternehmer — aus nur zu leicht begreiflichen Gründen — zuerst die Ausstellung von Gegenständen abgelehnt, sagten aber dann zu. Kurz vor Eröffnung der Ausstellung trat aber der Unternehmervertreter aus dem Sachausschuß zurück und es mußten die Arbeitervertreter für die Ausstellung von Damenkonfektionsartikeln sorgen. Aber auch der Unternehmervertreter stellte Gegenstände seiner eigenen Fabrik aus, wogegen die Arbeiter protestierten. Sie hatten ein Recht dazu, denn der Unterschied zwischen den Feststellungen des Sachausschusses und den Etiketten des Unternehmers ist ein ungeheurer. Aus der nachstehenden Gegenüberstellung ist zu ersehen, wie die beiden Angaben voneinander abweichen:

Angaben des Sachausschusses			Auszeichnung der Blusen nach den Angaben des Unternehmers		
Nr.	Stück	Arbeitsstunde	Nr.	Stück	Arbeitsstunde
5	4	Stunden	5	2	2 Stunden
6	4	"	6	2 1/4	"
7	8	"	7	4	"
8	8	"	8	4	"
9	12	"	9	8	"

Bei den Angaben des Unternehmers hat sich die Arbeitszeit um ein Drittel bis zur Hälfte ermäßigt und der Stundenlohn hat sich verdoppelt! Eine schlimmere Fälschung kann man sich wohl nicht denken.

Auch sonst legt die Kritik gegen das Gebaren der Unternehmer ein, die versuchten, die ausgestellten Gegenstände zu ihren Gunsten zu korrigieren. Der Plan der

Ausstellungsleitung, nur das Normale in der Heimarbeit zu zeigen, ist durch das Unternehmertum zerschanden worden, denn es wurden Sachen als typisch bezeichnet, die in Wirklichkeit Extreme und zwar nach oben, zugunsten der Unternehmer, sind. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß man in den Kreisen der organisierten Arbeitererschaft zu der Meinung kommt — und man spricht es offen aus —, daß durch die Frankfurter Paradausstellung der erschütternde Eindruck der Berliner Ausstellung verwischt werden soll.

Es ist kein Zweifel, die Heimarbeit-Ausstellung in Frankfurt a. M. hat ein Fiasko erlitten, trotz oder besser, wegen des „gemeinsamen Zusammenarbeitens“ der Arbeiter mit den Unternehmern. Daran krankte von vornherein das gesamte Unternehmen. Die wissenschaftlichen Leiter hatten gewissermaßen die ganze Sache in der Hand und die zu jeder Ausstellungsabteilung gelieferte Skizze war in fast allen Fällen von höheren Lehrern, Pfarrern, einem Regierungskassierer (!), Fabrikanten (!), einem Studiosus der Jurisprudenz aus Marburg, einigen Doktoren und im übrigen von den Syndikus der Handwerkskammern der in Betracht kommenden Großstädte (Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Worms) verfaßt. Welche Auffassung in diesen Kreisen von der Heimarbeit herrscht, geht aus der Monographie eines Pfarrers in Gersfeld über die dort beschäftigten Heimarbeiter in der Weberei hervor. In seiner Beschreibung behauptete er, die Hausweberei habe keine schädlichen Folgen für die Arbeiter. Und wörtlich sagt er: „Als Arbeitslohn ergab die Untersuchung je nach der Arbeit, ob Betttücher, Tischtücher, Hand-, Gläser- oder Scheuertücher gewebt werden, 50 Pfg. bis 1.75 Mk. pro Tag. Es gibt sehr alte Weber von 60 bis 80 Jahren. Alle weben, da sie in ihrer Säuslichkeit beschränkt sind, im Wohnraum, was auf die Gesundheit keine schädlichen Folgen hat.“

Einen weiteren Beweis für die partielle Leitung sehen wir in dem folgenden Vorkommnis: Für die Zigarrenbranche war für Gießen und Umgebung ein Unterausschuß gebildet worden, zu dem der Gauleiter der Tabakarbeiter mit hinzugezogen wurde; aber nur eine Sitzung fand statt, denn der Zigarrenfabrikant, Kommerzienrat Schürmer, legte sein Amt nieder, weil er nicht mit einem ausgesprochenen Sozialdemokraten in einer Kommission sitzen wollte. Darauf wurde dieser Unterausschuß von der Leitung für aufgelöst erklärt. Auf diese Weise war man den unbehaglichen Sozialdemokraten los, der ein wahrheitsgetreues Bild der Heimarbeit seines Bezirks entrollt hätte. Der Fabrikant aber wurde zu den Sitzungen in Frankfurt hinzugezogen. Bemerkenswert ist, daß das, was von der Zigarrenheimarbeit ausgestellt war, kaum nennenswert war und noch nicht einmal den in Wirklichkeit verdienten Löhnen entsprach, denn die Stundenlöhne sind, wenn sie richtig angegeben werden, viel niedriger.

Das Ergebnis der Frankfurter Ausstellung ist eine Bestätigung älterer Erfahrungen, die von der Arbeitererschaft gemacht worden sind, daß das gemeinsame Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern ein Widerspruch ist. Gerade die Frankfurter Ausstellung scheint uns ein neuer Beweis zu sein, daß alle Reformen auf sozialem Gebiet Schritt für Schritt von den Arbeitern erkämpft werden müssen. Sie ist uns eine Lehre, daß Appelle an das Mitleid der herrschenden Klasse im Grunde verfliegen, und daß nur durch den selbständigen Kampf der klassenbewußten Arbeiter den Regierungen soziale Reformen abgerungen werden können. Der von unsrer Fraktion im Reichstag eingebrachte Gesetzesentwurf zum Schutze der Heimarbeit enthält das Minimum der Forderungen und ist sofort durchführbar. Es sichert den Heimarbeitern bessere Existenzbedingungen in der Gegenwart und wirkt dahin, die Heimarbeit für die Unternehmer unrentabel zu machen und dadurch ihre völlige Veseitigung herbeizuführen. Die Hausindustrie ist selbst in den Teilen, die sich in der letzten Zeit herausgebildet haben, eine durchaus rückständige Form der Erwerbsarbeit, und sie gedeiht nur auf dem Boden einer viel schlimmeren Ausbeutung, wie sie in Großbetrieben möglich ist. Jede ernsthafte Regelung der Heimarbeit muß darauf gerichtet sein, sie mehr und mehr durch die Fabrikarbeit aufzulösen. Diese Absicht erfüllt der sozialdemokratische Gesetzesentwurf, dessen Annahme die Heimarbeit-Ausstellungen überflüssig machen würde und an Einwirkung auf die elenden Zustände der Heimarbeit Positives leisten würde.

Außerdem hat die Ausstellung, wie gemeldet wird, ein bedeutendes Defizit gemacht. Die Garantiefondszeichner werden bis zu 55 Prozent herangezogen werden müssen.

## Gewerkchaftliches.

**Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.**

Rosslau (3. Gau). Bei der Firma Trimer ist durch erneute Verhandlung mit dem Gauleiter eine Einigung erzielt. Statt 8.50 Mk., welcher Lohn zuerst gefordert wurde, wurde bei dieser Verhandlung der von der Gaukonferenz festgesetzte Minimallohn von 9 Mk. pro Woche verlangt und bewilligt. Durch Verhandlungen mit dem Gauleiter haben auch die Firmen Melzheim und Schramm den 9 Mk.-Minimallohn anerkannt.

Der Anfang ist gemacht, vorwärts muß die Lösung sein, daß es bald im 3. Gau keine Arbeit unter 9 Mk. mehr gibt.

Magdeburg. Die Firma C. Klees hat den im vorigen Jahre festgesetzten Lohn gekürzt. Die Arbeiter haben die Arbeit sofort niedergelegt, es wird erjucht, die Arbeit bei C. Klees aufs strengste zu meiden.

Karlsruhe (Baden). Der Abwehrstreik bei der Firma Beck u. Comp., Zigarettenfabrik, dauert fort. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß über die Firma Stelzer, Gottesauerstraße, wegen Maßregelung die Sperre verhängt ist. Der Zuzug für Zigarren- und Zigarettenarbeiter ist deshalb fernzuhalten.

Oberode bei Hedemünden. Der Streik bei der Firma Nevenhufen u. Co., Sitz Bremen, dauert fort. Man meide die Fabrik, denn die Firma zahlt hier den niedrigsten Lohn.

Goch. Der Zuzug nach Goch bei der Firma Guden ist fernzuhalten, da dort die Löhne von 50 Pfg. bis 1 Mk. gekürzt worden sind, weshalb sich einige Kollegen im Streik befinden. Von uns kommen keine Mitglieder in Betracht.

Neumünster. Der Streik dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Dranienbaum. Der Streik bei der Firma C. D. Döring dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten.

Birna. Der Streik bei der Firma Hebenstreit u. Ermisch dauert fort, da die Firma sich weigert, jene Löhne zu zahlen, wie sie in den übrigen Betrieben maßgebend sind. Vor Zuzug wird gewarnt.

Noch nicht erledigt sind die Differenzen in Driesen bei der Firma Lindemann. Vor Zuzug wird deshalb gewarnt.

Frankfurt a. M. Da der zwei Jahre bestehende Tarif der Zigarettenfabrik Louis Hypstadt u. Co., Frankfurt a. M., Riddastraße 45, gekündigt worden ist, bitten wir alle Zigarettenarbeiter auf das dringendste, Frankfurt a. M. zu meiden.

Burg bei Magdeburg. Ueber den Betrieb des Herrn Zeffe ist die Sperre verhängt. Der Fabrikant hat die Löhne gekürzt.

Eine mißglückte Aktion der Lokalfisten in Leipzig. Die in Leipzig in verschiedenen Gewerkschaften der Bauberufe bestehende Kommission über abgeschlossene oder abzuschließende Tarifverträge, wie auch die Unzufriedenheit damit, wie die Vorstände der Zentralverbände die Verhandlungen geführt haben, versuchten die Lokalfisten in ihrer Weise und in ihrem Sinne kräftig auszunutzen. Sie hatten am Sonnabend abend nach dem Pantheon eine öffentliche Versammlung für alle im Bauberuf beschäftigten Arbeiter einberufen. Tagesordnung: Die Tarifbewegung im Baugewerbe und führt dieselbe zur Verbesserung der Lage der Arbeiter; Referent: Weisfel-Berlin. Erschienen waren etwa 300 Personen. Schon zu Beginn der Versammlung kam es zu einer hitzigen Geschäftsordnungsdebatte. Die Versammlung forderte Bureauwahl; der Einberufer, Metallarbeiter Kienke, bewies wenig Neigung dafür, mußte aber schließlich nachgeben. Bei der Wahl kam das Bureau in die Hände der zentralorganisierten Maurer. In seinem Referat kritisierte Weisfel heftig den Vertrag, den der Zentralvorstand der Maurer mit den Bauunternehmern eingegangen ist. Der Zentralvorstand der Maurer habe den Vertrag unterzeichnet, ohne vorher die Mitglieder zu fragen. In der Diskussion wurden gegen die Führer des Maurerverbandes die heftigsten Vorwürfe erhoben, dem traten die Zentralverbändler Humold und Koch entgegen. Man brauche nicht mit allem einverstanden zu sein, was in der Organisation geschehe, man solle aber dann innerhalb der Organisation und nicht in Sonderverbänden bessernd zu wirken suchen. In seinem Schlußwort wurde Weisfel noch aggressiver als in seinem Referat. Als er den Zentralverbänden schließlich Streifbroschüre vorwarf, mußte er seine Rede wegen andauernden Tumults abbrechen. Ueber die Hälfte der Versammlungsbesucher hatten schon vorher das Lokal verlassen, und da weder ein Antrag gestellt, noch eine Resolution vorgelegt worden war, ging die Versammlung schließlich ohne Resultat auseinander, wie bisher fast alle von den Lokalfisten in Leipzig einberufenen Versammlungen.

Die Gewerkschaften im Staate Newyork haben seit September vorigen Jahres 38 210 Mitglieder verloren, eine Folge des wirtschaftlichen Niederganges. Im Baugewerbe von Newyork sind mehr als 50 Prozent der organisierten Arbeiter ohne Beschäftigung. Wie der Arbeitskommissar des Staates amtlich festgestellt hat, waren in den drei ersten Monaten des Jahres 1908 mehr gewerkschaftlich organisierte Leute arbeitslos, als je in einem Vierteljahre des Jahres 1907. Von 386 115 Mitgliedern von Gewerkschaften waren nämlich 101 446 beständig außer Arbeit. Diese Zahl ist gleich dem Prozentsatz von 26,3, der aber am letzten Arbeitstage des März auf 35,7 Prozent stieg. Als Ursache wird in den meisten Fällen Geschäftsstille genannt und nur in wenigen Fällen ist der Grund der Arbeitslosigkeit eine Differenz über die Arbeitsbedingungen. In dem Bericht des Kommissars wird auch auf die starke Abwanderung der europäischen Arbeiter über Newyork und auf die Verminderung der Zuwanderung um mehr als die Hälfte hingewiesen.

Siehe für die christlichen Gewerkschaften. In dem Juli- daer Pastoral vom Jahre 1900 haben sich bekanntlich die deutschen Bischöfe gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften ausgesprochen, indem sie die katholischen Arbeitervereine als die für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der katholischen Arbeiter geeignete Organisation erklärten. Auf Bureden einflussreicher Zentrumsleute, die sich für die christlichen Gewerkschaften eifrig ins Zeug gelegt hatten und in ihnen ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie schätzten, haben sich dann einige Bischöfe, darunter Kardinal Erzbischof Fischer von Köln, veranlaßt gesehen, die Verurteilung der christlichen Gewerkschaften einigermaßen abzuschwächen und ihnen nachträglich einige süßsaure Worte der Anerkennung zu widmen. Daß aber die geistlichen Oberhirten nach wie vor die konfessionellen Organisationen als die allein richtigen betrachten, zeigt ihr Verhalten gegenüber der Generalversammlung des Verbandes katholischer Kaufmännischer Vereine, die jüngst in Trier tagte. Kardinal Fischer-Köln hatte der Versammlung seinen Segen gesandt und seine Freude darüber ausgesprochen, daß der Verband unbeirrt durch Zeitströmung und mannigfache Anfeindung, seinen katholischen Charakter zu wahren und die Verbindung mit den berufenen Lehrern und Führern des katholischen Volkes, den Bischöfen, auch ferner rege und lebendig zu erhalten gelungen ist. Kardinal Kopp-Breslau bezeugt seine aufrichtigste Teilnahme einem Verein, „der die Verfolgung seiner Standesinteressen vor allem auf den Grundrissen und Lehren seiner heiligen Kirche aufbauen will.“ Und Bischof Dominikus von Limburg wünscht, daß der Verband, „wie bisher, so auch ferner, unbeirrt durch gegenteilige Strömungen und selbst Anfeindung, seiner Devise und seinen bewährten Grundsätzen treu bleiben und auf strenge religiöser

Grundlage und in engem Anschlusse an die Kirche und den Episkopat weiter arbeiten möge".

Die auffällige Verbildung des Verbandes katholischer Kaufmannsvereine bedeutet eine verdeckte, aber sehr merkbare Abkündigung der christlichen Gewerkschaften, die sich durch ihre Interkonfessionalität von der „streng religiösen Grundlage“ losgesagt und die „Verbindung mit den berufenen Lehrern und Führern des katholischen Volkes“ aufgegeben haben.

## Berichte.

**Froschhausen.** Am 15. August tagte beim Gastwirt Wenzel eine Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Zuerst wurde die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen und allseitig für richtig befunden. Vom Wahlverein wurde uns mitgeteilt, daß in den Wintermonaten zu Seligenstadt ein Lehrkursus stattfindet, an dem sich auch unsere Mitglieder beteiligen sollen; es meldeten sich vier Kollegen. Fernerhin wurde noch beschlossen, eine Lokalkasse zu gründen und 5 Pfg. pro Woche zu erheben. Da sich in unserer Gegend eine Bezirkskonferenz nötig macht, die in Hanau a. M. tagen soll, wurde Kollege Milan Kämmerer dazu delegiert. Vom Hamburger Gewerkschaftskongress soll am 13. September Bericht erstattet werden. Auch wurde eine Kommission zur Stellungnahme zur bevorstehenden Tabaksteuer gewählt. Diese Kommission muß auch eine Hausagitation vornehmen, um alle uns noch fernstehenden Arbeiter aufzurütteln, daß sie dem Verband beitreten, da wir in Froschhausen auch noch mit sehr vielen Indifferenten zu tun haben, welche in keiner öffentlichen Versammlung erscheinen. Zum Punkt Verschiedenes wurden einige Ortsangelegenheiten zum Besten der Kollegen und

Kolleginnen erledigt. Am Schlusse forderte der erste Bevollmächtigte H. Kämmerer alle Mitglieder auf, für unsern Verband zu agitieren, bis der letzte Mann in unserer Mitte sei. Mit einem begeisterten Hoch auf unsere Zählstelle wurde die Versammlung geschlossen, die eine der besten war.

**Gelsen.** Die Firma Clever u. Werres hat am 15. August sämtlichen Arbeitern gekündigt, obgleich sie immer behauptet hat, daß hier am Plake eine Filiale bestehen würde und dies auch den Arbeitern selbst gesagt hat. Die Kollegen haben dieses auch geglaubt. Einige sind so geschick gewesen und haben sich um andere Arbeit umgesehen. Jetzt aber, wo die Krise auch schon in unserer Industrie einsetzt, stehen die Kollegen, welche der Firma geglaubt haben, auf der Straße. Wir erjuchen alle Kollegen, Gelsen zu meiden, weil Arbeitslose am Plake sind.

**St. Andreasberg im Harz.** Am 10. August fand im Gasthof des Herrn Eichhof die erste Mitgliederversammlung der Zählstelle St. Andreasberg statt, welche mittelmäßig besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Wahl zweier Kontrolleure; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Beim 2. Punkt wurden die Kollegen Peterfen und Nielsen als Kontrolleure gewählt. Beim Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhaft Debatte über die uns drohende Gefahr der Tabaksteuer. Um Munition zu diesem Kampfe zu haben, stellte Kollege Gentschel den Antrag, eine Lokalkasse zu gründen, wozu jedes Mitglied wöchentlich 5 Pfg. Beitrag zu zahlen hat. Während der Debatte kamen die Mitglieder zu der Meinung, daß diese Gelder dann, wenn die Tabaksteuer vorliegt und der Kampf beginnt, besser durch Sammellisten aufzubringen sind, darum wurde der Antrag als verfrüht abgelehnt. Der

Besuch hätte etwas besser sein können, denn durch den Besuch der Versammlungen kann man den richtigen Wert der Organisation kennen lernen, und durch Besuchen der Versammlungen wird die Kollegialität und die Einigkeit gefördert, denn durch Einigkeit aller Kollegen können wir am besten die schweren Steuerlasten von uns abwälzen, von denen wir Tabakarbeiter mit am schwersten betroffen sind. Also Kollegen, besucht alle Versammlungen zahlreich und folgt dem schönen Satz: Einigkeit macht stark!

**Zellhausen.** Am 9. August fand hier die erste Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher Kaufleiter Fr. Schnell über die neuen Steuerpläne der Reichsregierung referierte. Redner beleuchtete die Steuererhöhung von 1879, die eingeführte Zigarettenhandelssteuer und die fortgesetzte Beunruhigung der Industrie durch neue Tabaksteuerpläne. Durch die Statistik sei bewiesen, wie schlecht die Lohnverhältnisse in der Tabakbranche lägen; es sei unerhört, daß noch Zigarren angefertigt werden für 36 und 38 Pfg. pro 100 Stück. Wollten die Tabakarbeiter gegen diese Mißstände kämpfen, dann müßten sich alle Kollegen und Kolleginnen einmütig organisieren. Des weiteren fekte der Kollege Schnell die Leistungen des Tabakarbeiterverbandes den Anwesenden auseinander. Der Kollege Kämmerer ersuchte die Kollegen, sich aufzuraffen und Schulter an Schulter mit ihren Kollegen zu kämpfen. Ohne Kampf kein Sieg, ohne Verband kein Fortschritt — das haben wir überall erlebt! Sämtliche anwesenden Kollegen traten dem Verbands bei, worauf eine Zählstelle gegründet wurde. Wir hoffen, daß sie blühen und gedeihen werde.

# J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Braßil empfehle:  
**10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage**, großblättrig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, **85 Pfg.** Ferner offeriere **12000 Pfund Carmen**, schlicht **80 Pfg.**, prima **85 Pfg.**, doppelt prima **90 Pfg.** **Sumatra-Decker**, zweite Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, best mit 1 1/2 Pfund, tabellos weiß brennend, **350 Pfg.**; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, **400-500 Pfg.** Ferner empfehle **Sumatra-Decker von 140-400 Pfg.** in allen Farben. **Sumatra-Umblatt und Einlage (Sandblatt) 110 Pfg.** **Vorstenland-Decker**, dunkelbraun **170 Pfg.**, hellfarbig **220, 250-300 Pfg.** **Java-Decker 220-300 Pfg.**, **Umblatt 100, 110, 120, 130 Pfg.**, **Umblatt und Einlage**, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, **95 und 100 Pfg.** **Mexiko-Decker**, graubraun **300 Pfg.**, dunkel **220 Pfg.**, **Umblatt 150 Pfg.** **St. Felix-Brasil-Decker**, garantiert schneeweiß Brand und größte Deckkraft, **170 und 180 Pfg.**, **Umblatt 120 Pfg.** **Havanna**, edle Qualität, **300 Pfg.** **Yara-Cuba 160, 220 Pfg.** **Domingo 85, 90, 100 Pfg.** **Portorico 90 Pfg.** **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaten, meist Umblatt enthaltend, **85 Pfg.**

**Wickelformen** { neu und gebraucht in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

**Neue, schmiedeeiserne Formenpressen** mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Preßbrett, für **10-12 Formen**, pro Stück **6,50 Mk.** **Gummi-Tragant**, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund **250 Pfg.** **Zigarrenband**, feinste, gelbe Halsseide, 8 lin., pro 50 Mtr.-Rolle **160 Pfg.** **Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.**

## Achtung! Zigarrenfabrikation!

Zur Herstellung einer guten 5-Pfg.-Zigarre empfehlen wir folgende Tabake:

3 Pfd. Sumatra-Decke, 2 L. Stückblatt per Pfd.	1.50 = 4.50 Mk.
4 " Java-Umblatt, 4 L. Vollblatt	1.20 = 4.80 "
5 " Losgut, Aufarbeiter, rein überseeisch	0.90 = 4.50 "
2 " Geschn. Java und Brasil	1.00 = 2.00 "
2 " Havanna-Gras, sand- u. staubfrei	1.00 = 2.00 "

16 Pfd. Zusammen **17.80 Mk.**

### Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen, Bismarckstrasse 28/32  
 Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 190.

# Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Bestes Rohstoffgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

**Sumatra- und Java-Decken** 2.00, 2.25, 2.50 Mk., hell 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60 Mk. — **Java** 0.92, 0.95, 0.98, 1.00, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.46 Mk. — **Domingo und Carmen** 0.98, 1.05, 1.05, 1.20, 1.30 Mk. — **Mexiko** 2.50, 3.00, 3.50 Mk. — **Havanna** 3.60 Mk. — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 Mk., **Dede** 1.80 Mk. — **Losgut**, blattig und gesund, 0.90 Mk. — **Uckermärker** 0.75, 0.78, 0.84, 0.88 Mk. — **Rebuts** 0.86, 0.88 Mk. (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 Mk. **Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.**

## Zigarren-Mess- und Abschneidemaschine

D. R. P.  
 mit Fußbetrieb ohne Zeitgebrauch.



Bis zu 20% Mehrleistung beim Einrollen. Stets großer Schnitt und genaue Länge bei allen Fassons. Einspringen b. Abschneiden unmöglich. Kein Zeitverlust. Zu beziehen geg. Nachnahme für 10 Mk. von

**M. Stähr, Altona**  
 Gr. Karlstr. 5, 1.

Vertretern hob. Rabatt.

Einige Urteile von Käufern meiner Maschine:  
 Ottensen, den 10. Juli 1908.

Ich vermag mit der Abschneide-Maschine D. R. P. von M. Stähr, pro Stunde 10 Stück mehr einzuvollen, als sonst.

Fritz Stühmer, Kleine Rainstr. 14. Ottensen, den 9. Juli 1908.

Seit einigen Tagen im Besitz der Zigarren-Abschneid-Maschine D. R. P. von M. Stähr, mache ich jetzt 20 Zigarren pro Tag mehr, so daß ich wöchentlich 3 Mark mehr verdiene.

Mit der Abschneide-Maschine D. R. P. von M. Stähr, rulle ich pro Stunde 87 Stück mehr.

Fritz Strohwich, Kleine Lagerstr. 8. H. Ahlers, Tollenstraße 87, IV.

## Bei Blutarmut Eisen ins Blut tut gut!

Es ist eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache, daß Deutschland im Lamscheider Stahlbrunnen einen Heilschah ersten Ranges besitzt, der verdient, dauernd der leidenden Menschheit zugänglich gemacht zu werden.

### Tausende wurden gesund.

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Aus Dankbarkeit für meine wiedererlangte Gesundheit bestätige ich hierdurch, daß ich durch den Lamscheider Stahlbrunnen von meinen früheren unfählichen Leiden: Bleichsucht, Magen- und Verdauungsschwäche, Appetitlosigkeit, nervösen Kopfschmerzen, Erbrechen usw. vollständig geheilt wurde. Jahrelang litt ich an genannten Beschwerden“ usw. usw. — „Ich kann Ihnen zu meiner Freude mitteilen, daß mir der Lamscheider Stahlbrunnen sehr gute Dienste getan hat. Er hat mir den früheren Lebensmut wiedergegeben, die Nerven gestärkt, die Bleichsucht gehoben und den durch die Bleichsucht verursachten Weisfluß vollständig weggebracht.“ — „Bin mit dem Lamscheider Stahlbrunnen ausgetechnet zufrieden, vorgenommene Badereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden ist.“

Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 77.

## !! Roh-Tabake !!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

**L. Cohn & Co., Berlin N. 54**  
 Brunnenstr. 24.

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohstoff- und Utensilien-Branchen.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Sieben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort. Vertreter für Ratibor und Umgebung: **Gustav Burmeister, Ratibor**, woselbst sich ein größeres Wickelformenlager (Wickelformenpressen, Band, Einleitens sowie sämtl. Utensilien, die z. Zigarrenfabrikation nötig sind), befindet.

Gegründet 1839. Jährlicher Versand über 25 000 Uhren.

Über Hunderttausend Kunden. Viele Tausende Anerkennungen.

**Gegen kleine monatliche Teilzahlungen**  
 liefern die besten Uhren und Goldwaren, Sprechmaschinen, Photogr. Apparate, Musikwerke, Geschenkartikel.

**Jonass & Co., Berlin SW. 380**  
 Belle-Alliancestr. 3.  
 Lieferant des Deutschen Beamtenbundes.  
**Katalog** mit über 2000 Abbildungen gratis und franko.

## Achtung!

Hoher Verdienst. Kein Risiko. Eaden u. Kapital nicht nötig.

Leute jeden Standes können als Orts- oder Bezirksvertreter durch Verkauf eines großartigen, leichtveräußerlichen Massenartikels dauernd viel Geld verdienen. Riesiger Umsatz. Event. auch als Nebenerwerb. Postkarte genügt. Auskunft gratis.

### L. Schütze

Altenberg b. Aachen Nr. 75.

**Gewerkschaftsbewegung u. Alkoholfrage.** Mit Porto 15 s. Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

## Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuser Straße 4.  
 Gegründet 1871. Gegründet 1871.

Nr. 769, Dede zum Verteilrollen, 1.50 Mk. **Vorstenland**, hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. **Sumatra-Tabake** von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigst. Nur streng reelle Bedienung.

## Achtung!

### Kleine Zigarrenfabrik

mit Detail-Geschäft u. großer Engros-Kundschaft, 13 Jahre bestehend, ist krankheitshalber f. Inventar-Preis sofort zu verkaufen. 2000 Mark erforderlich. Off. u. R. 102 a. b. Exped. d. Bl.

## Geräte für die Fabrikation

als:  
**Wickelformen, Formenpressen, Rittenpressen, Arbeitstische, Schemel, Sortierlisten, Einleitens für Wickelmacher, Bündelpressen etc.**

**Rollbretter, Ia.-Ware.** rotbuchen 1.50 Mk., weißbuchen 2 Mk. unverwundlich!

**Echt amerik. Kopfholz-Bretter** mit Eisenbolzen — Unerreicht in Haltbarkeit! — per Stück 5.50 Mk., 10 Stück 58 Mk.

**Arbeitsmesser, prima Stahl** per Stück 25 s., 10 Stück 2 Mk. **Hamburg-Arbeitsmesser** zu gleichen Preisen.

**Trockenöfen** zu 2 Mille 40 Mk. zu 3 Mille 55 Mk.

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

**W. Hermann Müller, Berlin**  
 Magazinstrasse 14.

## Ein guterhaltener Zigarren-Trockenofen

Marke Cohn, Berlin, ganz aus Eisen, eingerichtet zu 3 bis 4000 Zigarren fassend, steht billig zu verkaufen bei **Reinhold Rapp, Bredestr. 9** (Schlesw.-Holst.) Gerichtstraße 9.

## Gesundheits-Kalender

1909

redigiert von **Dr. Müller, Dr. Körner, Dr. Schmitt.** Mit vielen Illustrationen :: und farbigen Tafeln ::

Zu beziehen durch die **Expedition des Tabakarbeiter Leipzig**, Tauchaer Strasse 19/21 gegen Einsendung von **60 Pfg.** (auch in Briefmarken).

## Wießbadener Volksbücher

Pro Bändchen **10 bis 45 Pfg.** Verzeichnisse umsonst und portofrei. Zu beziehen durch die **Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig**, Tauchaer Str.

An die Kollegen und Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenarbeiter **Hans Nielsen aus Odense** befindet, richte die freundlichste Bitte, mir seine Adresse mitzuteilen.

**J. van Deventer, Hamburg**  
 Paulinenallee 16 (Tab.-Arb.-Genossenschaft). Porto wird vergütet.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, mir die Adresse des Labakspinners **Albin Zielfelder** aus Mühlhausen sofort zukommen zu lassen. **Otto Brosch, 2. Bev., Mühlhausen** Kräuterstr. 16.

Unsern Kollegen **Bartholomäus Mucha** aus Horst bei Oppeln zu seinem am 23. August stattfindenden Geburtstag die besten Glückwünsche. **Wiederholte Kollegen von Siegnitz.**

## Briefkasten.

Berücksichtigung müssen gekündigt sein. — Andere Zusätze sind vorher zu besorgen. Bei Einsendung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

**D. B., Mühlhausen** 60 Pfg. — **G. S., Siegnitz** 70 Pfg. — **J. v. D., Hamburg** 90 Pfg. — **G. M., Bredestr.** 1.60 Mk. **A. G., Bittenthal** (Hannover) 60 Pfg.